

Was Jugend BeWegt!



Themen und Anliegen Jugendlicher in Baden-Württemberg 2011

Was Jugend BeWegt!

Themen und Anliegen Jugendlicher in Baden-Württemberg 2011
Dokumentation und Auswertung der Zukunftskonferenzen
im Vorfeld der Landtagswahl 2011

ISBN 978-3-00-036036-7

Was Jugend BeWegt!



landesjugendring
baden-württemberg e.v.
*entdecke
was geht*

Gefördert durch:



GD Bildung und Kultur
Programm „Jugend in Aktion“



KVJS
Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

Inhalt

1. Vorwort	4
2. Zukunftskonferenzen als Räume aktiver Partizipation	6
2.1 Ablauf der Zukunftskonferenzen	8
2.2 Beteiligung von Seiten der Jugendlichen	9
2.3 Beteiligung von Seiten der Politik	10
2.4 Übersicht: Termine, Orte und Veranstalter	10
3. Die Zukunftskonferenzen im Einzelnen	11
4. Themen und Anliegen Jugendlicher – Auswertung der Zukunftskonferenzen	32
4.1 Methodische Erläuterungen	32
4.2 Bildung	34
4.3 Gesellschaft	40
4.4 Politische Beteiligung	42
4.5 Integration	46
4.6 Mobilität	50
4.7 Umwelt	52
4.8 Ehrenamt und Engagement	55
4.9 Freizeit	57
4.10 Stuttgart 21	58
4.11 Medien	60
4.12 Weitere Themen	61
Impressum	64

1. Vorwort

Viel wird davon gesprochen, dass Kinder und Jugendliche die Zukunft seien. Doch wie soll diese Zukunft sein? Welche Themen sind den Kindern und Jugendlichen für die Gestaltung ihrer Zukunft wichtig? Was erwarten sie diesbezüglich von den PolitikerInnen im Land?

Wir als Landesjugendring Baden-Württemberg sind diesen Fragen nachgegangen und wollen die Anliegen der Kinder und Jugendlichen in die Öffentlichkeit und an die PolitikerInnen herantragen. Dabei nehmen wir als Landesjugendring unser Mandat der jugendpolitischen Interessenvertretung wahr, das uns das Kinder- und Jugendhilfegesetz einräumt und durch die demokratischen Strukturen unserer Jugendverbände und -ringe legitimiert wird.

Im Rahmen von zehn regionalen Zukunftskonferenzen bekamen Anfang des Jahres 2011 fast 500 Kinder und Jugendliche im Vorfeld der Landtagswahl die Möglichkeit, die für sie interessantesten und wichtigsten politischen Themen zu finden und zu bearbeiten. Mit unserem Projekt „Jugend BeWegt“ haben wir den TeilnehmerInnen der Zukunftskonferenzen die Chance geben, sich im Austausch mit anderen Jugendlichen und mit PolitikerInnen aktiv mit ihren Lebenswelten auseinanderzusetzen und ihren Ideen, Wünschen und Forderungen Ausdruck zu verleihen. Für die Jugendlichen war neben der Auseinandersetzung mit den Themen und dem Austausch darüber vor allem wertvoll zu erleben, dass ihre Meinung zu aktuellen Themen gehört und von Seiten der Politik ernstgenommen wird. Dabei entstand ein breites Spektrum an Einschätzungen und Meinungen, das wir hier ohne Wertung abbilden. Diese Dokumentation ist kein Positionspapier – dies war auch nicht das Ziel: Wir zeigen, wie sich Jugendliche mit Politik auseinandersetzen, wie sie an Themen herangehen und auf welche unorthodoxe Lösungen sie dabei nicht selten kommen.

Mit der Übergabe dieses Buches an die Landtagsabgeordneten geben wir ihnen und allen LeserInnen einen Einblick in die Lebenswelt der Mädchen und Jungen von Baden-Württemberg. In der Zusammenschau wird deutlich, welche politischen Themen in Form von Sorgen, Ängsten und Wünschen die heutige Jugend beschäftigen und was sich junge Baden-WürtembergerInnen für ihre Zukunft wünschen.

Isabel Hoever

Vorsitzende des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V.

2. Zukunftskonferenzen als Räume aktiver Partizipation



Insgesamt fanden im Vorfeld der Landtagswahlen 2011 zehn Zukunftskonferenzen in Baden-Württemberg statt. Die Veranstaltungsorte waren Esslingen, Freiburg, Geislingen, Heidelberg, Heubach, Mannheim, Ravensburg, Schorndorf und Stuttgart. Während diese neun Veranstaltungen von Stadt- oder Kreisjugendringen veranstaltet wurden, war die zehnte Zukunftskonferenz in Mosbach-Neckarelz speziell für Themen des ländlichen Raumes von der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) des Diözesanverbands Freiburg in Zusammenarbeit mit dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) veranstaltet worden. Die Termine der Veranstaltungen lagen alle im Zeitraum Februar und März 2011 (19.02.2011 bis 19.03.2011).

Die Zukunftskonferenzen waren Teil der Aktivitäten der politischen Bildung des Landesjugendrings und seiner Verbände und Ringe im Vorfeld der Landtagswahl 2011 unter dem Titel „Jugend BeWegt“.

Ziel des Projekts war es von Seiten des Landesjugendrings, Jugendlichen aus ganz Baden-Württemberg im Vorfeld der Landtagswahl 2011 die Möglichkeit zu geben, für sie wichtige gesellschaftliche und politische Themen zu finden, sich mit ihnen aktiv auseinander zu setzen und sie im Dialog sowohl untereinander als auch mit Kommunal- und LandespolitikerInnen zu diskutieren. So wurden die Zukunftskonferenzen zu Orten, an denen Jugendlichen die Möglichkeit gegeben wurde, politische Beteiligung aktiv zu erleben und selbst zu gestalten. Dabei standen die Anliegen und Wünsche der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an die Politik und die künftige Entwicklung des Landes im Mittelpunkt. Diese wurden nicht wie in klassischen Podiumsdiskussionen einfach in einer großen Gesprächsrunde diskutiert, sondern durch aktive Beteiligung und Erarbeitung der wichtigen Inhalte in verschiedenen Schritten durch die Jugendlichen formuliert und transportiert. Die entspannte Atmosphäre der Veranstaltung gab den Jugendlichen die Möglichkeit, sich zwanglos und mit Spaß ganz nach eigenem Ermessen und Interesse auf unterschiedliche Weise zu beteiligen. So konnte eine intensive Form politischer Beteiligung stattfinden, durch welche die Jugendlichen dazu angeregt wurden, über Themen, die sie selbst bewegen, zu reflektieren und diese in einen größeren Zusammenhang zu stellen und zu begreifen.

Echte Partizipation wird dann möglich, wenn Inhalte der Politik sich mit der Lebenswelt von Jugendlichen überschneiden und von beiden Seiten als solche erkannt werden. Auf den Zukunftskonferenzen konnte insgesamt im Gegensatz zur oftmals vorhandenen Annahme einer als politikverdrossen oder uninteressiert deklarierten Jugend ein gegenteilige Bild gewonnen werden. Vielmehr entstand der Eindruck, dass die jungen Menschen mit Begeisterung die Chance wahrnahmen, ihre Bedürfnisse und Wünsche zu artikulieren und zu diskutieren. Das verdeutlicht, dass auf Seiten der Jugendlichen sowohl ein großes Interesse daran besteht, ihre eigene Umwelt und Zukunft mitzugestalten als auch ein Ideenreichtum vorliegt, der ausgesprochen und gehört werden will. Es ist wichtig, dass die Jugendlichen Räume haben, in denen sie diese Bedürfnisse ausleben und echte politische Beteiligung erleben können. Die Zukunftskonferenzen waren ein erfolgreiches Beispiel, wie solche Räume der Partizipation und des aktiven Austauschs zwischen Jugend und Politik gestaltet werden können.

2.1 Ablauf der Zukunftskonferenzen

Zur Themenfindung wurden den Jugendlichen an Thementischen die Bereiche Gesellschaft, Religion, Sport, Freizeit, Ehrenamt, Schule, Politische Beteiligung, Mobilität, Integration, Umwelt, Medien und ein themenoffener Tisch vorgeschlagen, so dass sie ihre ersten Gedanken und Ideen auf beschreibbaren Tischdecken festhalten und diese später in themenbezogenen Kleingruppen zu ihrem Lieblingsthema vertiefen konnten. Impulsfragen zu den einzelnen Themen waren beispielsweise:

- „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“
- „Jung und glücklich, dort wo du lebst?“
- „Macht Schule von heute fit für morgen?“
- „Braucht Politik Beteiligung?“
- „Wo komme ich hin, wenn ich weg will? Und wie?“
- „Mein Freund ist Ausländer... oder nicht?“
- „Vor oder nach mir die Sintflut?“

Auf diese Weise erarbeiteten sich die Jugendlichen selbstständig und durch eine intensive Beschäftigung mit den von ihnen gewählten Themen die Grundlage, diese mit den zur Wahl stehenden PolitikerInnen kontrovers zu diskutieren. Neben dem Aspekt der politischen Bildung stand dabei für die Jugendlichen das Erlebnis, dass ihre Meinung zu aktuellen Themen gehört und von Seiten der Politik auch ernst genommen wird, im Mittelpunkt.

Was musste im Vorfeld der Zukunftskonferenzen organisiert werden?

- Ein Termin im Februar oder März 2011
- Geeignete Räumlichkeiten, die allen TeilnehmerInnen sowohl gemeinsam als auch in Arbeitsgruppen genug Platz bieten
- Einladungen an PolitikerInnen
- Einladungen/Werbung für die Jugendlichen
- Öffentlichkeitsarbeit in Presse, Medien etc.
- Bereitstellung von Stellwänden/Moderationsmaterialien
- Mittagessen oder Imbiss und Getränke
- ModeratorInnen für die Themenworkshops

Die Zukunftskonferenzen gestalteten sich nach dem im Folgenden dargestellten einheitlichen Ablauf:

Begrüßung (15 Minuten)

Die Konferenz begann mit einer kurzen gemeinsamen Begrüßung der TeilnehmerInnen und einer Einführung durch die Moderation. Dabei wurde den Jugendlichen der geplante Ablauf der Zukunftskonferenz erklärt.

Offene Themenfindung (55 Minuten)

In einer ersten Phase konnten die TeilnehmerInnen an Thementischen zu den Themen Gesellschaft, Religion, Sport, Freizeit, Ehrenamt, Schule, Politische Beteiligung, Mobilität, Integration, Umwelt, Medien und einem themenoffenen Tisch ihre ersten Gedanken und Ideen auf beschreibbaren Tisch-

decken festhalten. Erste Diskussionen ergaben sich dabei von selbst untereinander und auf dem Papier. Außerdem stand zu jedem Thema einE ModeratorIn bereit, welcheR Hilfestellung bei der Formulierung erster Gedanken und Fragen leistete. Nach dieser Phase entschieden sich die TeilnehmerInnen für das Thema, das sie am meisten interessierte.

Themenworkshops (120 Minuten)

In themenbezogenen Workshops wurden nun die einzelnen Themen vertieft. In den Diskussionsrunden ging es darum, gemeinsame Hauptaussagen zu finden, Wünsche und Forderungen aufzustellen und auch Konfliktpunkte zu erkennen. Auch in dieser Runde unterstützte jeweils einE ModeratorIn die Gruppe je nach Bedarf in ihrer Diskussion. Die Präsentation des Themas und der Hauptaussagen wurde gemeinsam vorbereitet, wobei die Jugendlichen entscheiden konnten, wie und in welcher Form präsentiert werden sollte – von der Wandzeitung bis zum Rollenspiel.

Mittagspause (50 Minuten)

Mit Mittagessen oder Imbiss und Getränken

Präsentation, Diskussion mit den LandtagskandidatInnen (120 Minuten)

Im Plenum wurden die Themen und Hauptaussagen der Workshops präsentiert. Im Anschluss hatten die PolitikerInnen die Gelegenheit, Statements zu den präsentierten Themen abzugeben, die dann mit ihnen diskutiert wurden. Dabei hatten alle Jugendlichen die Möglichkeit, zu jedem Thema Fragen und Thesen zu formulieren und so mit den PolitikerInnen einen aktiven Austauschprozess zu erleben.

Dokumentation und Abschlussveranstaltung

Nach und während der Durchführung der Konferenzen wurden die Ergebnisse dokumentiert und abschließend in diesem Buch veröffentlicht. Dieses wird bei der Abschlussveranstaltung im Landtag im Oktober 2011 von Jugendlichen aus den Zukunftskonferenzen den neu gewählten Landtagsabgeordneten überreicht und mit ihnen diskutiert.

2.2 Beteiligung von Seiten der Jugendlichen

Die TeilnehmerInnenzahl der Konferenzen lag bei insgesamt fast 500 Jugendlichen. Der Verhältnis von männlichen zu weiblichen Jugendlichen lag dabei bei etwa 1:2, der Redeanteil in den Präsentationen und Diskussionen hingegen war zumeist ausgeglichen. Es waren SchülerInnen sämtlicher Schularten von Förderschule über Hauptschule, Werkrealschule, Realschule und Gymnasium bis Berufsschule vertreten. Dies sorgte für ein sehr breites Themenspektrum, welches je nach Region, Alter und Bedürfnissen der Jugendlichen variierte.

Insgesamt beteiligten sich die teilnehmenden Jugendlichen mit Begeisterung und großem Engagement. Sowohl in den Kleingruppen als auch in der Plenumsdiskussion mit den PolitikerInnen zeigten die jungen Menschen großes Interesse an der Diskussion, beteiligten sich produktiv, zielorientiert und altersgerecht kritisch. Häufig waren Jugendliche nicht nur als TeilnehmerInnen, sondern

auch zur Unterstützung der regionalen Veranstalter an der Organisation einzelner Zukunftskonferenzen beteiligt. So wurden einzelne Jugendliche beispielsweise im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in einer Jugendorganisation, im Verein oder der Schülermitverwaltung im Vorfeld der Veranstaltungen als MultiplikatorInnen aktiv, machten Werbung in ihrem Umfeld, halfen beim Auf- und Abbau oder arbeiteten als ModeratorInnen an Thementischen am Prozess der Themenbearbeitung mit. Die Zukunftskonferenzen wurden so wahrlich zu „Veranstaltungen der Jugendlichen“, auf denen ihnen eine Plattform zum Ausdruck ihrer Meinung und damit ihrer Person gegeben wurde.

2.3 Beteiligung von Seiten der Politik

In den verschiedenen Konferenzen waren meist die Hauptkandidierenden der verschiedenen Parteien in den entsprechenden Wahlkreisen bei den Podiumsdiskussionen vertreten. Insgesamt haben knapp 60 PolitikerInnen bei den Veranstaltungen mitgemacht und den Jugendlichen Rede und Antwort gestanden. Dabei waren PolitikerInnen aus den Parteien CDU, SPD, Die Grünen, FDP, Die Linke und der Piratenpartei sowie ein unabhängiger Kandidat vertreten. Einzelnen Kandidierenden fiel es schwer, konkret auf die Forderungen und Fragen der Jugendlichen einzugehen, statt Parteiinhalte vorzustellen. Überwiegend zeigten die PolitikerInnen allerdings eine hohe Motivation, die Präsentationen der Jugendlichen anzuhören und sich auf ihre Probleme, Interessen und Wünsche einzulassen. Teilweise gab es auch Vereinbarungen für weitere Treffen zwischen Politik und Jugend, was ebenfalls als ein Erfolg des Veranstaltungskonzepts zu nennen ist.

2.4 Übersicht: Termine, Orte und Veranstalter

Samstag, 19. Februar 2011

Mannheim (Stadtjugendring Mannheim)

Donnerstag, 24. Februar 2011

Heidelberg (Stadtjugendring Heidelberg)

Samstag, 26. Februar 2011

Esslingen (Stadtjugendring Esslingen)

Freiburg (Schülerrat Freiburg)

Ravensburg (Kreisjugendring Ravensburg & Schülerrat Ravensburg)

Stuttgart (Stadtjugendring Stuttgart)

Montag, 28. Februar 2011

Heubach (Stadtjugendring Heubach)

Mittwoch, 02. März 2011

Geislingen (Stadtjugendreferat & Stadtjugendring Geislingen)

Samstag, 12. März 2011

Mosbach-Neckarelz (Katholische Landjugendbewegung Freiburg)

Dienstag, 15. März 2011

Rems-Murr-Kreis: Schorndorf (Kreisjugendring Rems-Murr)

3. Die Zukunftskonferenzen im Einzelnen

Samstag, 19. Februar 2011

Mannheim

Veranstalter: Stadtjugendring Mannheim

TeilnehmerInnenzahl: 65

Anwesende PolitikerInnen:

- Nikolaus Koch-Löbel, CDU, Landtagskandidat
- Claudius Kranz, CDU, Kreisvorsitzender
- Stefan Fulst-Blei, SPD, Vorsitzender SPD-Gemeinderatsfraktion
- Gerhard Fontagnier, Die Grünen
- Oguzhan Genis, FDP, Landtagskandidat
- Roland Schuster, Die Linke, Landtagskandidat
- Jutta Graf-Baier, Die Linke, Landtagskandidatin
- Lisa Hoffmann, Piratenpartei, Landtagskandidatin
- Roland Weiß, unabhängiger Kandidat

Moderation: Erik Flügge



1. Mobilität:

Vergünstigungen und Verbesserungen im Nahverkehr
Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen

2. Gesellschaft und Ehrenamt:

Keine Verbindung zwischen Ober- und Unterschicht, Vorschlag: schulübergreifende Projekte
Generationengrenzen überbrücken, Vorschlag SeniorInnen in Kindergärten
Leistungsgesellschaft, zu viel Druck
Rentensystem muss verbessert werden

3. Stuttgart 21:

Vorteile
Nachteile
Alternativen
Polizeieinsatz

4. Integration:

Aufklärung, Abschaffen von Vorurteilen
Deutschpflicht an Schulen
Religionsunterricht an Schulen in verschiedenen Konfessionen
Kopftuchverbot
Burkaverbot

5. Schule:

Erhalt der Grundschulen in jedem Stadtteil
G8-Abschaffung, Verbesserungen
Mehr Kontrolle für LehrerInnen
Rückzugsraum für SchülerInnen
Mehr Mitspracherecht für SchülerInnen
Bildung darf nicht von Herkunft abhängig sein

6. Umwelt:

Mobilität und Verkehr: weniger Autos, mehr öffentliche Verkehrsmittel
Umweltschutz: mehr Bäume in Städten, umweltfreundliche öffentliche Gebäude
Ernährung: gegen Massentierhaltung und Gentechnik
Energie: Abschalten der Atomkraftwerke

Schwerpunkte bei der Podiumsdiskussion:

Schule und Bildung, Stuttgart 21, Integration

Donnerstag, 24. Februar 2011

Heidelberg

Veranstalter: Stadtjugendring Heidelberg

TeilnehmerInnenzahl: 57

Anwesende PolitikerInnen:

- Ernst Gund, CDU, Heidelberger Stadtrat, Erstkandidat
- Dr. Anke Schuster, SPD, Stadträtin, Fraktionsvorsitzende, Haushaltssprecherin der Fraktion, Erstkandidatin
- Theresa Bauer, Die Grünen, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Erstkandidatin
- Dr. Annette Trabold, FDP, Heidelberger Stadträtin, Erstkandidatin
- Markus Jakovac, Die Linke, Zweitkandidat

Moderation: Jürgen Hörstmann



1. Freizeit:

Schülerrabatte
Mehr öffentliche Räume
Alkoholverbot nach 22 Uhr
Bildungsgutscheine
Übersicht über Freizeitangebote: Homepage

2. Ehrenamt/Engagement und Offener Tisch:

Jugendliche motivieren sich zu engagieren
Mehr Angebote schaffen
Sozialer Austausch
Generationenfrage
Verkehr: Schlaglöcher
Legalisierung von Cannabis

3. Mobilität und Umwelt:

Verbesserungen im Nahverkehr
Energiewirtschaft
Umweltbewusstsein
Nahrungsmittel
Landwirtschaft

4. Integration:

Hohe Kriminalitätsrate
Spaltung der Gesellschaft
Ausnutzen deutscher Toleranz
Lösungsvorschläge wie Strafmaßnahmen etc.

5. Politische Beteiligung:

Interesse verstärken
Mehr politische Bildung an Schulen

6. Schule:

Spätere Differenzierung nach Grundschule
Bessere pädagogische Aus- und Fortbildung von LehrerInnen
Bedürfnisse der SchülerInnen
G8/G9
Schule als Gemeinschaftsort
LehrerInnensprechstunden

Schwerpunkte bei der Podiumsdiskussion:

Schule und Bildungssystem

Samstag, 26. Februar 2011

Esslingen

Veranstalter: Stadtjugendring Esslingen

TeilnehmerInnenzahl: 20

Anwesende PolitikerInnen:

- Andreas Deuschle, CDU, Erstkandidat
- Andrea Lindlohr, Bündnis 90/Die Grünen, Erstkandidatin
- Tobias Hardt, Die Linke, Erstkandidat
- Mihael Duran, FDP, Zweitkandidat
- Ina Wolpert, SPD, Zweitkandidatin, Stadträtin in Esslingen
- Eric Kuch, Piratenpartei

Moderation: Andrea Weber



1. Freizeit und Mobilität:

Kostengünstige Räumlichkeiten in Esslingen
Mehr Treffpunkte für Jugendliche
Ausbau Esslinger Straßennetz
Mehr Öffentliche Verkehrsmittel und Parkplätze

2. Ehrenamt:

Abschaffung Zivildienst

3. Schule/Studium:

Studiengebühren

4. Integration und Gesellschaft:

Gelungene Integration
Verbesserungen im Bildungssystem
Guter Einstieg ins Arbeitsleben
Intoleranz und Faschismus
Versammlungsfreiheit

Schwerpunkte bei der Podiumsdiskussion:

Mobilität, Bildung, Integration

Samstag, 26. Februar 2011

Freiburg

Veranstalter: Jugendinitiative und Schülerrat Freiburg

TeilnehmerInnenzahl: 18

Anwesende PolitikerInnen:

- Walter Krögner, SPD, MdL, Stadtrat
- Gabi Rolland, SPD, Stadträtin
- Walter Pix, Die Grünen, MdL
- Nikolaus v. Gayling-Westphal, FDP, Stadtrat
- Armin Wolff, Die Linke
- Bernhard Schätzle, CDU, MdL, Stadtrat und Ortsvorsteher
- Fabian Baur, Piratenpartei
- Andre Martens, Piratenpartei

Moderation: Nico Alt



1. Schule:

- G8
- Kritisches Denken fördern
- Pädagogische Schulung der LehrerInnen
- Studiengebühren
- Mehr Fächerauswahl

2. Politische Beteiligung:

- Hürden für Bürgerbeteiligung senken
- Wahlrecht ab 16

3. Umwelt:

- Unterthema Mobilität:
 - Stadttunnel für Freiburg, Sozial-Ticket, Bahn ohne Atomstrom
- Energieversorgung: keine AKWs
- Ernährung
- Umweltpolitik

4. Gesellschaft:

- Kommunikation
- Gute Bildung
- Keine Klassengesellschaft
- Soziale Gerechtigkeit

Schwerpunkte bei der Podiumsdiskussion:

- Schule, Politische Beteiligung

Samstag, 26. Februar 2011

Ravensburg

Veranstalter: Kreisjugendring Ravensburg & Schülerrat Ravensburg

TeilnehmerInnenzahl: 29

Anwesende PolitikerInnen:

- August Schuler, CDU
- Dr. Michael Hermann, SPD
- Benjamin Strasser, FDP
- Manfred Lucha, Die Grünen
- Gotthilf Lorch, Die Grünen

Moderation: Sabine Leichs-Knapp



1. Gesellschaft:

Politiker als Vorbilder
Mehr Transparenz der Politik
Chancengleichheit

2. Ehrenamt:

Zeitaufwand
Gesellschaftliche Anerkennung
Spaß
Erfahrung

3. Schule:

Gleichberechtigung
Preise in Cafeteria etc.
Förderung
Druck auf SchülerInnen
Ausstattung an Schulen verbessern

4. Politische Bildung:

Mehr Information an Schulen (beispielsweise zu Europa)
Jugendliche einbeziehen

5. Integration:

Was bedeutet Integration
Respekt, Toleranz
Sprache
Gleichberechtigung
Aufgabe der Schulen

Schwerpunkte bei der Podiumsdiskussion:

Schule und Integration

Samstag, 26. Februar 2011

Stuttgart

Veranstalter: Stadtjugendring Stuttgart

TeilnehmerInnenzahl: 28

Anwesende PolitikerInnen:

- Muhterem Aras, Die Grünen, Landtagskandidatin im Wahlkreis Stuttgart I, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Gemeinderat Stuttgart
- Gabriele Heise, FDP, Landtagskandidatin im Wahlkreis Stuttgart II, Bezirksbeirätin Stuttgart Feuerbach
- Christoph Ozasek, Die Linke, Landtagskandidat im Wahlkreis Stuttgart I, Regionalrat und Sprecher im Regionalparlament Stuttgart
- Stefanie Schorn, CDU, Landtagskandidatin im Wahlkreis Stuttgart II (Zweitkandidatin)
- Matthias Tröndle, SPD, Landtagskandidat im Wahlkreis Stuttgart II, Delegierter für SPD-Kreis- und Landesparteitage

Moderation: Sabine Dieterle



1. Politische Beteiligung:

Politische Bildung an Schulen
Politik in Medien
Vereinfachte Bürgerbeteiligung
Wahlprozess

2. Schule / Ausbildung und Sport / Freizeit:

Demokratisierung an Schulen
Schulform und Ganztagschulen
Sportunterricht
Mehr Studienplätze
Förderung sozial Schwacher

3. Integration:

Integrationsförderung
Gleichberechtigung

4. Ehrenamt:

Anerkennung des Ehrenamts
Freistellung (an Uni, Arbeitsplatz etc.)

5. Umwelt und Mobilität:

Schüler-Ferien-Ticket für Juleica-InhaberInnen
Studi-Ticket
Mehr Geld für ÖPNV
Wirtschaft und Transportkosten
Fahrradfahren als Alternative

6. Stuttgart 21:

Sachlichkeit und politische Kultur
Schlichtungsverfahren
Finanzen
Zukunft von S21

Schwerpunkte bei der Podiumsdiskussion:

Chancengleichheit (tauchte bei allen Themen auf) und G8

Montag, 28. Februar 2011

Heubach

Veranstalter: Stadtjugendring Heubach

TeilnehmerInnenzahl: 57

Anwesende PolitikerInnen:

- Gerhard Hackner, CDU
- Klaus Maier, SPD
- Brigitte Abele, Die Grünen
- Susanne Kempf, Die Linke
- Matthias Zuschlag, FDP

Moderation: Jürgen Hörstmann



1. Freizeit:

Sport- und Freizeitangebote in Heubach

2. Engagement und Ehrenamt:

Gemeinschaftsgefühl

Altenpflege

Hilfe für sozial Schwächere

3. Umwelt:

Energieversorgung

Atommüll

Abholzung Regenwald

Mülltrennung

4. Politische Beteiligung:

Wahlrecht ab 16

Stuttgart 21

5. Integration:

Integrationswille

Einwanderungstest

6. Schule und Bildung:

Schulsystem

Ganztagsschule

Geld für Bildung

Schwerpunkte bei der Podiumsdiskussion:

Schule und Bildung

Mittwoch, 02. März 2011

Geislingen

Veranstalter: Stadtjugendreferat & Stadtjugendring Geislingen

TeilnehmerInnenzahl: 32

Anwesende PolitikerInnen:

- Jutta Schiller, CDU
- Sasche Binder, SPD
- Professor Winfried Hüttel, FDP
- Bernhard Lehle, Die Grünen
- Sabine Rösch-Dammenmiller, Die Linke

Moderation: Nico Alt



1. **Freizeit:**
Sport- und Freizeitangebote sowie öffentliche Räume in Geislingen
2. **Integration:**
Toleranz und kulturelle Akzeptanz
Sprache
Religionsunterricht
Integrationswille
3. **Politische Beteiligung und Ehrenamt:**
NPD Verbot
Öffentlichkeitsarbeit
Jugendgemeinderat
Politisches Bewusstsein stärken an Schulen etc.
Bundespolitik: Rente und Steuern
Nachbarschaftshilfe und Zivilcourage
Alkohol- und Zigarettenmissbrauch
Hartz IV
4. **Gesellschaft:**
Strafmaß für Straftaten erhöhen
Förderung von Kindern und Jugendlichen
Chancengleichheit
Mehr Mitspracherecht (S21)
5. **Mobilität:**
Fahrvermögen im Alter
Nahverkehr
Benzinpreise
6. **Umwelt:**
Atomkraft
Tierschutz
Müllentsorgung
Umweltfreundliches Verhalten
7. **Schule:**
Mobbing
Ausbildungsstellen
G8/G9
Leistungsdruck

Schwerpunkte bei der Podiumsdiskussion:
Schule, Integration, Gesellschaft

Samstag, 12. März 2011

Mosbach-Neckarelz

Veranstalter: Katholische Landjugendbewegung (KLJB), Diözesanverband Freiburg

TeilnehmerInnen: 58

Moderation: Simon Rockenstein

Die Zukunftskonferenz der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) fand im Rahmen der Diözesanversammlung der KLJB Freiburg statt. Die teilnehmenden Jugendlichen kamen aus dem Gebiet der Diözese Freiburg. Da diese Konferenz keinen deutlichen Wahlkreisbezug hatte, wurden keine KandidatInnen eingeladen.

Themenschwerpunkte:

Ländlicher Raum, Schule und Bildung, Umwelt



einmischen
mitbestimmen

Beteiligung

mitmischen
mitentscheiden

Wahl

Wahlrecht
ab 16?

contra
- beeinflussbar
→ Medien, Eltern
- nicht genug Wissen
- kein Interesse

Pro
- alt genug, politische
Entscheidungen zu
treffen
→ manche arbeiten
schon!
weckt das polit.
Interesse der

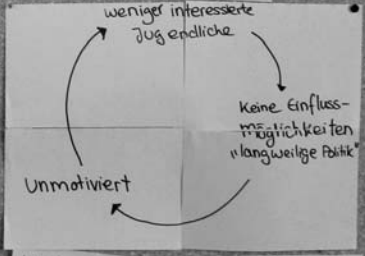
Jugendlichen
- Ausgleich nötig
zu den vielen alten
Wählern
→ Wahlbeteiligung allgemein
niedrig
+ frühere politische
Bildung nötig
- Neue Wähler
→ andere Schwerpunkte
im Wahlkampf
und in der Politik

Ziele
Verwirklichung von
Demokratie
Interessenvertretung
Verbindung zw.
Volk & Vertretern
Anerkennung

Bürgerbegehren

Hürden für
Bürgerbegehren
in BW senken

Jugendbeteiligung



Werden Jugendliche ernst genommen?

Sie haben keine Druckmittel!

Dienstag, 15. März 2011

Schorndorf

Veranstalter: Kreisjugendring Rems-Murr

TeilnehmerInnen: 80

Anwesende PolitikerInnen:

- Ingo Sombrutzki, CDU
- Tobias Weitmann, SPD
- Hans-Ullrich Schmid, SPD
- Jochen Haußmann, FDP
- Petra Häffner, Die Grünen
- Jörg Drechsel, Die Linke

Moderation: Nico Alt



1. Umwelt:

Atomkraftwerke
Massentierhaltung
Müll

2. Freizeit und Mobilität:

Freizeitaktivitäten und Nahverkehr in Schorndorf
Essen in Ganztagschulen

3. Religion:

Kopftuchverbot
Ausländerfeindlichkeit

4. Werte und Gesellschaft:

Werte für gutes Miteinander

5. Waffen:

Nutzen
Sicherheit an Schulen

6. Medien:

Nutzung neuer Medien

7. Politische Beteiligung:

Mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche

8. Integration:

Gleichberechtigung
Wahlberechtigung
Sprache

Schwerpunkte bei der Podiumsdiskussion:

Leider liegt zur ZK Schorndorf keine teilnehmende Beobachtung bzw. kein Protokoll vor, da diese zum dortigen Termin nicht stattfand.

Aus dem Eindruck der Videodokumentation geht hervor, dass das Auffälligste an der Veranstaltung in Schorndorf einerseits der extrem hohe Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund war, andererseits sehr spezielle Themen bearbeitet wurden wie beispielsweise das Thema „Waffen“ oder das Thema „Werte“. Schorndorf gehört zum Landkreis Rems-Murr, in dem auch Winnenden liegt. Es könnte ein Zusammenhang bei der Themenfindung mit dem Amoklauf von Winnenden bestehen.

4. Themen und Anliegen Jugendlicher – Auswertung der Zukunftskonferenzen

4.1 Methodische Erläuterungen

Ausgangsbasis für die folgende Auswertung war keine Datenerhebung innerhalb einer wissenschaftlichen Studie, sondern der Austausch der Jugendlichen innerhalb der Zukunftskonferenzen, der sorgfältig dokumentiert wurde. Diese Gelegenheit nutzt die vorliegende Auswertung. Sie kann dabei auf umfangreiches Datenmaterial zurück greifen. Dies sind die selektiven Transkriptionen der Diskussionen mit den PolitikerInnen während der Zukunftskonferenzen und die wörtlichen Diskussionsbeiträge der Jugendlichen; des weiteren Protokolle von externen BeobachterInnen zu den Zukunftskonferenzen, in denen die Struktur und Stimmung der jeweiligen Zukunftskonferenz erfasst sind. Die Vorbereitungen der Jugendlichen auf die Diskussionen wurde auf Plakatwänden gesammelt und dokumentiert. Es wurden jedoch keine standardisierten Interviews geführt oder quantitative Daten erfasst.

Die Auswertung erfolgte in Anlehnung an die Methode der Qualitativen Inhaltsanalyse. In einem ersten Schritt wurde aus dem Datenmaterial das Gesamtspektrum der von den Jugendlichen angesprochenen Themen herausgearbeitet. Zu diesen Themen wurden in einem zweiten Schritt Kernaussagen identifiziert, die die Breite verdeutlichen, in der die Jugendlichen die jeweiligen Themen diskutiert haben. Schlüsselzitate dienen dabei der Veranschaulichung. Die Zitate wurden zur besseren Lesbarkeit aus der wörtlichen Rede in Schriftdeutsch angepasst, dialektgefärbte Begriffe entsprechend ersetzt.

Bei der Darstellung der Ergebnisse kommt es uns darauf an, deutlich zu machen, mit welcher Fülle von Themen sich die Jugendlichen auseinandergesetzt haben, wo Schwerpunkte lagen und welche vielfältigen Positionen jeweils vertreten wurden. Meinungen die nur vereinzelt geäußert wurden, sind jeweils am Ende der Kapitel stichwortartig benannt. Ziel ist es weder statistische Auswertungen vorzunehmen, noch Mehrheitspositionen zu identifizieren.

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um Einschätzungen und Meinungen der TeilnehmerInnen der Zukunftskonferenzen, nicht um Tatsachenbehauptungen oder Forderungen seitens des Wissenschaftsteams oder des Landesjugendrings. Nach den Zitaten sind jeweils die Quellen angegeben. Dabei steht ZK für „Zukunftskonferenz“. Die dahinter genannte Ziffer bezeichnet die Zeilennummer in den Transkripten.

In den Themenworkshops im ersten Teil der Zukunftskonferenzen kamen die einzelnen Themen in dieser Häufigkeit vor:

- 10 Bildung**
- 9 Gesellschaft und politische Beteiligung**
- 8 Integration und Mobilität**
- 7 Umwelt**
- 6 Ehrenamt und Engagement**
- 5 Freizeit**
- 4 Medien und Stuttgart 21**

Für die abschließenden Diskussionen im Plenum konnten die Themen noch einmal von den Jugendlichen priorisiert werden. In neun der zehn Konferenzen lag hier ein deutlicher Schwerpunkt auf dem Themenfeld Bildung und Schule, erst mit deutlichem Abstand gefolgt von den Themen Integration (vier) und Gesellschaft (zwei).

Die Reihenfolge der Themen in diesem Buch bildet diese Schwerpunktsetzung in beiden Auswahlverfahren ab und ist damit ein Gradmesser der Relevanz der Themen bei den TeilnehmerInnen der Zukunftskonferenzen.

4.2 Bildung

Das Thema Bildung bildete sich in neun der zehn Zukunftskonferenzen als Diskussionschwerpunkt heraus. Vor allem die schulische Bildung wurde kritisch betrachtet, sowie das Studium.

„Die Standardbildung darf nichts kosten!“ (ZK Mannheim; Z 472f.) – diese Forderung findet sich an mehreren Stellen wieder. Thema war auch, ob Bildung in Zukunft auf Bundesebene geregelt werden müsse, damit es ein einheitliches Bildungssystem in ganz Deutschland gebe. Die Kooperation der Schule mit der außerschulischen Jugendarbeit müsse laut ein paar Jugendlichen überdacht werden: *„Die Kooperation Jugendarbeit und Schule braucht neue Modelle, vor allem eine Unterscheidung zwischen Stadt und ländlichem Raum.“* (ZK Mosbach; Z 152f.)

Schulsystem

Besonders beschäftigt die Jugendlichen die Frage, ob das Gymnasium in acht (G8) oder in neun (G9) Jahren sinnvoller ist. *„Am Besten zum G9 zurück!“* (ZK Mannheim; Z 454), dies ist die Meinung der Mehrheit. SchülerInnen aus Mannheim untermauern dies mit folgender Aussage: *„Wir haben jetzt ziemlich unter Stress gelitten. Wir sind die nächste Burnout-Generation, weil es nur darauf ankommt, dass wir möglichst schnell in die Arbeitswelt einsteigen und dass wir möglichst schnell unser Studium beenden. Ich glaub, es gibt keinen anderen Grund, warum es jetzt dieses G8 geben sollte. Ich denke, das ist ziemlich unverantwortlich uns gegenüber.“* (ZK Mannheim; Z 515ff.) Die SchülerInnen haben den Eindruck, der Leistungsdruck sei im G8 enorm gewachsen und es bleibe ihnen kaum noch Zeit um Kind, bzw. Jugendlicher zu sein. Sie beschreiben die Schwierigkeit, zusätzlich ein Auslandsjahr zu organisieren und mit den hohen schulischen Anforderungen im G8 unter einen Hut zu bringen. Die G8-AbiturientInnen formulieren die Angst, ihr Leistungsstand könne unter der verkürzten Schulzeit leiden. Ein Vorschlag ist, dass SchülerInnen in Zukunft wählen könnten, ob sie das Gymnasium in acht oder neun Jahren absolvieren wollen. Dies würde allerdings sehr viel Engagement und Organisationsbereitschaft von LehrerInnen erfordern und müsste gut durchdacht sein.

Zur Einrichtung von Gesamtschulen gab es kontroverse Meinungen. *„Jetzt kann man da ein Gemeinschaftsgefühl erleben an seiner Schule, jeweils so für sich, und deshalb ist es sehr wichtig, dass das dreigliedrige Schulsystem beibehalten bleibt.“* (ZK Heubach; Z 209ff.) Als weiteres Argument für das dreigliedrige Schulsystem wurden schlechte Erfahrungen mit Gesamtschulen genannt: *„Ich hab früher in Hessen gelebt und war auf einer Gesamtschule. Ich habe es nicht gut gefunden, dass es in Mathe und Englisch ABC-Kurse gibt. Da muss man sich fragen, wenn es auf einer Gesamtschule ABC-Kurse gibt, ist es dann nicht eine dreigliedrige Gesamtschule und eigentlich Etikettenschwindel?“* (ZK Heubach; Z 214ff.) Auf der anderen Seite wurde argumentiert, dass eine spätere Differenzierung bzw. der Unterricht in Gesamtschulen äußerst sinnvoll sein könne. Viele Jugendliche schildern, dass bei der Trennung in der vierten Klasse Fehlentscheidungen von Seiten der LehrerInnen und/oder der Eltern getroffen wurden. Deshalb forderten sie eine Differenzierung der SchülerInnen in unterschiedliche Schularten frühestens ab der siebten Klasse. Ein paar Jugendliche sprechen sich dafür aus, dass Schulempfehlungen für die weiterführende Schule, egal nach welcher Klasse, grundsätzlich von mehreren LehrerInnen vorgenommen werden sollten, um das Risiko von Fehlentscheidungen zu minimieren.

Auch zu Ganztageseschulen gibt es unterschiedliche Einschätzungen: „Wir können ja nicht nur von Schule leben, wir haben ja auch Leben und Hobbys. Wenn ich nach vier Uhr nach Hause kommen würde, dann wär ich so aggressiv und das Familienleben wär dann zerstört, weil ich dann meine Mutter anschauze oder sonst was. Ich meine: Ganztagseschulen, das bringt es einfach nicht!“ (ZK Geislingen; Z 568ff.) Andere SchülerInnen hingegen halten das Konzept der Ganztageseschulen für sinnvoll, wenn Freizeitaktivitäten darin integriert sind. So könnte es beispielweise möglich sein, ein Musikinstrument im Ganztageseschulbetrieb zu erlernen. Dazu müsste Ganztageseschule allerdings als Lebensraum und nicht ausschließlich als Institution zur Wissensvermittlung verstanden werden.

„Wir wollen mehr Freiraum zur Selbstentfaltung. Dadurch, dass der Stundenplan so voll ist, können wir nachmittags nicht viel machen. Alle, die im G8 sind, oder auch im G9, denen fällt das besonders auf, dass der Lehrplan eigentlich ziemlich voll ist für die wenige Zeit, die wir haben. Dazu kommt, dass der Leistungsdruck hoch ist.“ (ZK Mannheim; Z 431ff.) Die Jugendlichen schildern, dass die Schule ihnen derzeit nicht den Raum zur Selbstentfaltung und -entwicklung einräumt. Der häufige Nachmittagsunterricht stellt für die SchülerInnen eine Belastung dar. Deshalb fordern sie, dass es nicht mehr als zweimal pro Woche Nachmittagsunterricht geben dürfe und der Unterricht auch nicht bis in die Abendstunden hinreichen sollte.

Die Schule wird von SchülerInnen als eine Art „Denkfabrik“ (ZK Stuttgart; Z 100) erlebt, in der es nicht darum geht, effektiv zu lernen, sondern möglichst schnell durchgequetscht zu werden, um ins Arbeitsleben entlassen zu werden. Eine Reihe von SchülerInnen erlebt einen immensen Leistungsdruck und schildert, dass das Lernen auf Klausuren für sie reines Auswendiglernen bedeute, bei dem nicht viel hängen bleibe. Um eine bessere Lernatmosphäre zu erhalten, wünschen sich viele Jugendliche kleinere Klassen. Die Institution Schule müsse Demokratie vorleben, denn junge Menschen könnten demokratisches Verhalten nicht theoretisch lernen, sondern müssten es selbst erleben und ausprobieren. Deshalb fordern ein paar SchülerInnen mehr Mitspracherecht der Einzelnen und der SchülerInnenmitverwaltung in der Schule.

Die Sicherung der schulischen Grundversorgung in ländlichen und in städtischen Randgebieten sind einigen jungen Menschen ein Anliegen: „Die Idee ist, dass es in jedem Stadtteil eine Grundschule gibt. Es ist ja nicht so, dass nur hier Grundschulen geschlossen werden, sondern überall. Da hat man lieber die kleineren Grundschulen als eine große, wo alle hinlaufen müssen. Dann lieber kleinere in den Vororten, die auch mit kleineren Klassen gefüllt sind. Wenn das nicht möglich ist, gibt es bestimmt die Möglichkeit, Shuttlebusse oder sowas zu haben, um die Kinder abzuholen und wieder hin zu fahren, damit sie an diese gefährreichen Strecken nicht ran müssen oder die ganze Strecke laufen müssen. Und diese Shuttlebusse müssen natürlich kostenlos sein, dass sich auch finanziell schwache Eltern das leisten können.“ (ZK Mannheim; Z 420ff.)

Einigen Jugendlichen ist wichtig, dass es klare Vorgaben und Richtlinien für Schulen gibt und nicht jede Schule tun und lassen kann, was sie möchte. Des Weiteren müssten Schulabschlüsse deutschlandweit anerkannt werden. Die Mannheimer Jugendlichen erläutern dies wie folgt: „Wenn wir hier in Baden-Württemberg die Fachhochschulreife erhalten, sollten wir bundesweit auf einer Fachhochschule studieren können, nicht nur landesweit. Aber in den 15 anderen Bundesländern ist das nicht so.“ (ZK Mannheim; Z 546ff.) Aus Sicht von einigen Jugendlichen müsse man, wenn man

das Schulsystem bewertet und Ländervergleiche anstellt, auch den außerschulischen Bereich einbeziehen – nur so könne das aktuelle Schulsystem sinnvoll bewertet werden. Die Politik dürfe sich nicht auf guten Vergleichsergebnissen ausruhen.

Unterricht

Zentrale Themen sind für viele SchülerInnen die Fächerwahl und die Bewertung von Schulfächern. Es sollte aus ihrer Sicht häufiger und früher die Möglichkeit geben, Fächer auszuwählen, die den eigenen Interessen und Neigungen entsprechen. Dies begründen Jugendliche aus Heidelberg folgendermaßen: *„Da geht es um Neigungen, nicht nur um das, was man später mal machen will, sondern was man kann und was man gut macht, um einen größeren Erfolg zu erzielen. In Fächern, die einem Spaß machen ist man besser.“* (ZK Heidelberg; Z 559ff.) Jugendliche aus Freiburg sagen, sie möchten selbst entscheiden, was sie lernen und ergänzen: *„Klar, dass man Deutsch, Mathe, Englisch und so lernt (...), das soll auch so bleiben. Aber Sachen wie Technik, Hauswirtschaft, überhaupt Wirtschaft, einfach so zukunftsbringende Fächer, mit denen man auch was anfangen könnte (...) für's Leben (...) – das würde fit machen für morgen (...) die man eben nicht einfach nur auswendig lernt für Klausuren“.* (ZK Freiburg; 79ff.) Jugendliche aus Geislingen sehen das ähnlich: *„Manchmal kommt es uns so vor, als ob wir was lernen, was wir nie wieder brauchen.“* (ZK Geislingen; Z 449ff.) Einige SchülerInnen fragen sich, ob es sinnvoll wäre entweder auf Religionsunterricht zu verzichten oder einen Religionsunterricht für alle Religionen gemeinsam anzubieten, da sie es nicht richtig finden, dass nichtchristliche Religionen keinen Religionsunterricht haben.

Sie plädieren dafür, den Lehrplan zu entrümpeln, um den Leistungsdruck zu reduzieren, mit dem sie sich täglich konfrontiert sehen. Um den Lerndruck vor den Ferien zu verringern, sollten Klassenarbeiten besser über das Schuljahr verteilt werden. Zudem wünschen sie sich mehr finanzielle Mittel um Fächer wie Sport, Kunst und Musik zu fördern.

Kritisch wird die Funktion des Sportunterrichts unter die Lupe genommen: *„Im Sportunterricht geht es oft nur darum, die Note zu machen. Es geht nicht darum dass du Sport machst, dass du dich wirklich beteiligst, dass du Spaß dabei hast, dass du dich echt bewegst, sondern dass du eine Note bekommst und vielleicht nur am Unterricht teilnimmst.“* (ZK Stuttgart; Z 119ff.) Hier bedarf es, laut einiger SchülerInnen, einer Änderung. Zur Bewertung der Fächer gibt es unterschiedliche Meinungen: Die einen wünschen sich eine Gleichrangigkeit aller Fächer und damit auch eine gleiche Notengewichtung, andere hingegen wären dafür, dass mehr Auswahl möglich ist, welche Noten man sich anrechnen lässt. *„Es ist ja gut, dass man eine breite Allgemeinbildung bekommt, und dafür kann man eigentlich auch dankbar sein – sollte man. Aber die Frage ist, ob man darin dann auch bewertet werden muss, also z. B. dass man Mathe werten lassen muss. Ok, manche haben kein Problem damit, aber ich frage mich, warum darf man Sport, Kunst, Religion und Musik streichen, aber nicht z. B. Chemie, oder so.“* (ZK Heidelberg; Z 565ff.)

Die SchülerInnen sind der Ansicht, dass die Qualität ihres Unterrichts entscheidend von den LehrerInnen abhängt: *„Man muss die Leute motivieren. Das liegt an den Lehrern. Es gibt so viele Lehrer, die unterrichten mit ihrem verdammten Frontalunterricht und es nervt mich. Ich wünsche mir einfach Lehrer, die mich motivieren, die für das, was sie mir zeigen wollen, brennen. Und das ist der*

Fehler meiner Meinung nach, es liegt an der Qualität des Unterrichts.“ (ZK Ravensburg; Z 221ff.) Viele SchülerInnen fordern mehr Diskussionen und Gruppenarbeiten im Unterricht. Das kritische Denken der SchülerInnen sollte dadurch gefördert werden, in Gruppenarbeiten könnten sie sich gegenseitig helfen und sich Dinge erklären – was nach Erfahrung einiger SchülerInnen oftmals verständlicher wäre als eine Erklärung der Lehrkraft. Hierbei sollte das soziale Lernen im Mittelpunkt stehen. Das eigenständige Erarbeiten von Inhalten wird aber auch kritisch gesehen, wenn die Zeit fehlt: *„Effizienter heißt, dass die Themen einfach besser bearbeitet oder nicht so lang gezogen werden. Wir haben ja auch nicht mehr die Zeit für Diskussionen. Die Zeit ist einfach nicht da.“ (ZK Mannheim; Z 443ff.)* Ebenfalls wichtig ist einigen SchülerInnen, dass schlechte SchülerInnen genauso von den LehrerInnen gefördert werden wie gute; störende SchülerInnen sollten von den LehrerInnen stärker sanktioniert werden, so dass ein besseres Lernen möglich wäre.

Außerunterrichtliche Aktivitäten

Die Schule sollte nach Ansicht der Jugendlichen nicht nur als Ort des Lernens gesehen werden, sondern vielmehr als ein Ort, an dem sich die SchülerInnen persönlich entwickeln und entfalten können. Deshalb seien Arbeitsgemeinschaften, die den Interessen und Bedürfnissen der SchülerInnen entsprechen, an jeder Schule wünschenswert, ebenso wie sportliche Aktivitäten. Vorgeschlagen wurde, dass jede Schule unterschiedliche Sportgruppen haben und es in regelmäßigen Abständen auch Wettkämpfe zwischen den Schulen in den jeweiligen Sportarten geben sollte.

Vorschläge haben die SchülerInnen auch zur Pausengestaltung: *„Nicht nur Essen, Rauchen und Reden, sondern sich bewegen, um körperlich und geistig wieder frei zu sein, um wieder Stoff aufnehmen zu können.“ (ZK Stuttgart; Z 141ff.)* In den Mittagspausen müssten zudem Angebote wie ein offener Computerraum zur Verfügung stehen. Die Jugendlichen würden in dieser Zeit gern Internetseiten nutzen, die bisher an vielen Schulen gesperrt sind: *„Wir wollen in Internetseiten wie zum Beispiel Facebook, Kwick und so rein können und auch betreut werden von einem Lehrer.“ (ZK Geislingen; Z 31f.)* Des Weiteren halten einige SchülerInnen Klassenfahrten und Exkursionen für unbedingt notwendig, um sich persönlich entwickeln und entfalten zu können. *„Wir sind hier alle vom Gymnasium, da ist so was ja üblich und da gibt es auch Freundeskreise und Förderkreise, falls mal jemand finanzielle Unterstützung braucht. Aber an Haupt- und Realschulen ist das nicht unbedingt so vorhanden. Auch die SchülerInnen da haben es verdient, so was zu machen. Dann entsteht eine viel bessere Lernatmosphäre. Und von daher wäre es wünschenswert, dass da auch finanzielle Hilfe ist.“ (ZK Heidelberg; Z 499ff.)* Grundsätzlich fordern die Jugendlichen für solche Aktivitäten mehr finanzielle Mittel. Die SchülerInnen haben auch das Lernen ihrer Eltern im Blick: Für sie sollte es themenspezifische Elternabende beispielsweise zum Thema Mobbing geben.

Lehrkräfte

Einige Jugendliche sind der Ansicht, dass sich die pädagogische Ausbildung von Lehrkräften in der letzten Zeit zwar verbessert habe, es aber trotzdem noch Punkte gebe, an denen Verbesserungen notwendig seien. Die Heidelberger Jugendlichen sagen: *„Die LehrerInnen sind zu alt und haben somit nicht mehr den aktuellen Bezug. (...) Wir gehen ja zur Schule, weil wir was lernen möchten. Und dann ist es halt schade, wenn wir Probleme haben, weil die Lehrkräfte nicht gut genug oder nicht*

kompetent genug sind. Deswegen fordern wir die bessere Aus- und auch Fortbildung von LehrerInnen. Weil man die alten LehrerInnen nicht einfach entlassen kann. Die müssen einfach besser fortgebildet werden.“ (ZK Heidelberg; Z 463ff.) Eine weitere Forderung ist, dass mehr LehrerInnen an Schulen eingestellt werden. Außerdem sind ein paar SchülerInnen der Meinung, dass die Lehrkräfte zu viel Entscheidungsfreiheit haben und zu subjektiv beurteilen und entscheiden dürfen: *„Unsere Forderung ist, dass wir Lehrer mehr kontrollieren dürfen, mehr beeinflussen dürfen und dass die Pädagogik mehr gefördert wird. Unsere Lösung ist, dass Evaluation Pflicht wird und dass wir Schüler die Lehrer ehrlich bewerten dürfen, so dass ein Lehrer wirklich die Chance hat zu erfahren, was er vielleicht falsch macht, was er richtig macht, um sich besser an die Schüler von heute anpassen zu können.“* (ZK Mannheim; Z 456ff.) Ein weiterer Vorschlag sind Unterrichtsbesuche von Bildungsbeauftragten: *„Jemand, der in das Lehrerzimmer reingeht, sich willkürlich einen aussucht und sagt: ‚Hey, heute geh ich zu Ihnen in die Stunde und schau mir das mal an!‘; so dass jeder Lehrer besser vorbereitet ist, sich immer Gedanken macht, wie bringt er seine Klasse an das Ziel, an das er seine Klasse bringen soll.“* (ZK Mannheim; Z 461ff.)

„Jugendliche fühlen sich von LehrerInnen nicht ernst genommen.“ (ZK Schorndorf; Z 208) Die Lehrkräfte müssten sich mehr für ihre SchülerInnen interessieren und engagieren, sie dürften nicht resignieren, sobald es schwierig oder kompliziert wird. LehrerInnen sollten darauf achten, wie die SchülerInnen miteinander umgehen. Gegebenenfalls müssten sie eingreifen und erzieherisch tätig werden. Einige Jugendliche wünschen zusätzliche LehrerInnensprechstunden. Hierbei sollen die SchülerInnen die Möglichkeit haben, außerhalb des Unterrichts mit ihren LehrerInnen zu sprechen, sei es über schulische oder auch soziale Schwierigkeiten. Nach Aussage der Jugendlichen ist es wichtig, dass LehrerInnen solche Sprechstunden vergütet bekommen, denn solange dies eine unbezahlte freiwillige Leistung sei, würden die wenigsten LehrerInnen es anbieten, so ihre Einschätzung. Außerdem müsste es in der Lehrerschaft spezielle AnsprechpartnerInnen für die SchülerInnen geben, die für Themen wie beispielsweise Mobbing zuständig und fortgebildet sind.

Ausstattung der Schulen und Verpflegungsmöglichkeiten in den Schulen

Grundsätzlich müssten mehr finanzielle Mittel für die Ausstattung von Schulen zur Verfügung stehen. Für jede Schule sollte es eine gewisse Pflichtausstattung geben, wie Computer, Lautsprecher und Fernsehgeräte, die funktionstüchtig vorhanden sein müssten. Geräte wie Computer, Nähmaschinen und TV-Geräte müssten gut funktionieren und dürften nicht ständig kaputt oder zu alt sein. Außerdem sei es wichtig, dass den SchülerInnen genügend Lernmittel wie Bücher und Präsentationsmaterialien zur Verfügung stehen. Junge Menschen aus Stuttgart erklären hierzu: *„Wir haben das Gesetz für die Lehrmittelfreiheit und es passiert gar nichts. Jeder darf noch etwas für die ganzen Lehrmittel bezahlen in den Familien. Das ist eine absolute Dreistigkeit, dass es so umgesetzt wird, als ob es das nicht geben würde.“* (ZK Stuttgart; Z 164ff.)

Schulgebäude müssten saniert werden, *„dass es da nicht mehr rein regnet, dass es trockene Räume gibt, dass die Schulen sauber sind und dass ich da auch gern hingehen kann.“* (ZK Geislingen; Z 452ff.) Auch Schimmel dürfte es in Schulen nicht geben. Außerdem sollten mehr Rückzugsräume geschaffen werden. Gerade in Ganztageseschulen *„muss es auch Räume geben, wo man sich wohl fühlen kann und wo man einfach auch nur sein kann. Und nicht einen Hausaufgabenraum mit*

Tischen und Stühlen, sondern eben das auch schön zu machen, wo man sich gerne aufhält.“ (ZK Stuttgart; Z 110ff.) Des Weiteren fordern ein paar SchülerInnen mehr Mitspracherecht bei Renovierungsarbeiten. Sie wollen selbst mitbestimmen, wofür welche Summe ausgegeben wird. Stuttgarter SchülerInnen fordern in Bezug auf die personelle Ausstattung „eine Sozialarbeiterin für alle Schulformen, auch auf dem Gymnasium.“ (ZK Stuttgart; Z 99)

Im Bereich der Verpflegungsmöglichkeiten ist es Jugendlichen wichtig, dass es zum einen in jeder Schulkantine die Möglichkeit gibt, vegetarisches Essen auszuwählen, und zum anderen die Lebensmittel aus der Region stammen. Das Essen sollte gesund sein und den SchülerInnen schmecken. Außerdem müsste Essen und Trinken in Schulkantinen für die SchülerInnen günstig angeboten werden, so dass alle sich leisten können dort zu essen.

Studium

„Wir sind dafür, dass es keine Studiengebühren gibt und zu BAFöG sagen wir, wir wollen mit 20 Jahren nicht schon verschuldet sein.“ (ZK Mannheim; Z 473f.) Gerade jungen Menschen aus einkommensschwachen Familien wird nach Schilderung der Jugendlichen durch die Studiengebühren ein Studium häufig verwehrt, da die Unterstützung durch BAFöG meist nicht ausreichend sei. Junge Menschen wünschen sich, dass sie sich Zeit für ihr Studium und die damit verbundene Bildung nehmen können und nicht nebenher Geld verdienen oder aus finanziellen Gründen möglichst schnell mit dem Studium fertig werden müssen. „Studiengebühren widersprechen einfach der Chancengleichheit. Ich kenne viele Leute, die nie studieren, weil sie sich die nicht leisten können, und andere Leute, die Schulden aufnehmen, um Studiengebühren zu bezahlen. Das soll doch nicht der Sinn sein, dass man selber zahlen muss und dann sich sozusagen verschuldet ist für's Leben.“ (ZK Stuttgart; Z 189f.) Ein paar Jugendliche fragen sich außerdem, für was Studiengebühren nötig seien: „Studiengebühren – wenn ich mich nicht ganz irre, ist dazu folgendes passiert: Das normale Budget wurde etwas gekürzt und das ergibt jetzt mit den Studiengebühren wieder denselben Betrag. Das wurde einfach aus der Tasche der Studenten genommen, um das normale Budget wieder auf dem geradeaus straight Niveau zu haben.“ (ZK Stuttgart; Z 169ff.) Wenn schon Studiengebühren, dann wollen die jungen Menschen selbst entscheiden, was mit ihrem Geld passiert: „Wenn man schon so hinter den Studiengebühren steht, dann sollte man wenigstens ein Kontrollorgan haben, wofür die wirklich verwendet werden, oder festere Vorgaben.“ (ZK Stuttgart; Z 183f.)

Ein weiterer Aspekt sind die Studienplätze. Jugendliche haben den Eindruck, „dass es überhaupt keine Regelung gibt für unseren Doppeljahrgang G8 und G9. Wir haben keine Chance auf Studienplätze und das kann ja nicht sein, dass man sagt, wir brauchen mehr Akademiker und dann verwehrt man der Hälfte der Jugendlichen Studienplätze, also das ist ne Sauerei.“ (ZK Geislingen; Z 456ff.) Zudem wünschen sich ein paar junge Menschen, dass die Anforderungen für einen Studienplatz verringert werden. So ist es aus ihrer Sicht unverhältnismäßig, dass man für den Studiengang Kommunikationswissenschaften in Hohenheim einen Abiturschnitt von 1,1 benötigt. In der Zukunftskonferenz Esslingen wurde zudem bemängelt, dass „nur die Noten zählen und nicht die Kompetenzen, die wir haben.“ (ZK Esslingen; Z 223 ff.) Hierbei fragen sich Jugendliche, warum beispielsweise ihre Mathematiknote ausschlaggebend ist, ob sie einen Studienplatz für ein Sozialpädagogikstudium bekommen oder nicht. Hier werden angemessenere Vergaberichtlinien gefordert.

4.3 Gesellschaft

In neun Zukunftskonferenzen wurde über das Thema Gesellschaft diskutiert und Ideen und Forderungen an die Politik formuliert, die im Folgenden dargestellt werden. Den Jugendlichen ging es hierbei um Werte, Gesellschaftsformen und Chancengleichheit. Ein Zitat aus der Zukunftskonferenz Freiburg spiegelt das breite Spektrum an Themen wieder, das in diesem Zusammenhang angesprochen wurde: Die jungen Menschen aus Freiburg wünschen sich, *„dass soziale Gerechtigkeit da ist, (...) dass es zwar einen Sicherheitsstaat, aber keinen Überwachungsstaat gibt, dass die Wirtschaft auch nachhaltig und ökologisch ist, dass es ein öffentliches Bewusstsein für Ökologie und Nachhaltigkeit gibt, dass wir eine kinderfreundliche Politik haben und eine gute Bildungspolitik.“* (ZK Freiburg; Z 260ff) Sie sind der Ansicht, *„dass jeder einzelne dazu aufgerufen ist, Zivilcourage zu zeigen und aktiv zu sein.“* (ebd)

Werte und Gesellschaftsformen

Die Ravensburger Jugendlichen wünschen sich, *„dass wir uns gemeinsam akzeptieren und respektieren, und in einer multikulturellen Gesellschaft leben, in der man sich nicht gegenseitig mit Vorurteilen behandelt, sondern mit Akzeptanz, in der man sich immer schätzt und voneinander lernt.“* (ZK Ravensburg; Z 319ff.) Dies sehen die Jugendlichen in Freiburg ähnlich: *„Natürlich muss man sich tolerant begegnen und es soll eine friedliche Gesellschaft sein.“* (ZK Freiburg; Z 246) Die jungen Menschen aus Geislingen formulieren: *„Wir finden es wichtig, dass man sich in unserer Gesellschaft respektiert und akzeptiert, egal ob man arm ist oder AusländerIn.“* (ZK Geislingen; Z 271f.) Eine gute Kommunikationsbasis untereinander ist ihnen dafür wichtig: Werte wie Vertrauen, Zusammenhalt, Freundlichkeit, Ehrlichkeit, Rücksicht und Treue sind für ein friedliches Miteinander laut den Jugendlichen äußerst relevant. Die jungen Menschen wollen in einer Gesellschaft des Hinschauens leben, sie fordern Zivilcourage. *„Es geht darum, dass wir mehr nacheinander schauen müssen und die sozial schwächeren Leute unterstützen.“* (ZK Heubach; Z 40f.)

Um diese Werte in einer Gesellschaft wachsen zu lassen, bräuchte es aus Sicht der Jugendlichen engagierte PolitikerInnen, die Maßnahmen gegen Intoleranz und Faschismus ergreifen. Sie erinnern die PolitikerInnen an ihre Vorbildfunktion. Es fiel ihnen negativ auf, dass sich PolitikerInnen während des Wahlkampfes gegenseitig schlecht machten und sie denken, dass sich dies auf die BürgerInnen auswirkt. PolitikerInnen müssten statt dessen in Sachen Respekt, Akzeptanz und Toleranz mit gutem Beispiel voran gehen. Jugendliche einer Zukunftskonferenz forderten höhere Strafen bei Kindesmissbrauch, Vergewaltigung und Mord. Aus ihrer Sicht müsste den Opfern, beispielsweise in Form von Therapieangeboten, besser geholfen werden.

Jugendliche möchten in einer Gesellschaft leben, in der es mehr Kontakt zwischen den Schichten und Generationen gibt. Probleme entstehen nach Meinung einiger Jugendlichen weniger dadurch, dass ein Mensch mit Behinderung nicht akzeptiert wird, sondern durch die zu geringe Verbindung zwischen Unter- und Oberschicht. Auch zwischen den Generationen gibt es aus ihrer Sicht zu wenig Kontakt. Mannheimer Jugendliche schlagen vor, *„dass Altenheime und Kindergärten zusammengelagt werden, weil die Interessen relativ ähnlich sind – beide wollen irgendwie spielen, oder malen oder so – da profitieren beide davon.“* (ZK Mannheim; Z 66ff.) *„Wenn man von klein auf Kontakt mit*

den Alten hätte, würde man sich viel besser verstehen. Weil die Alten denken, die Jugendlichen sind rebellisch und wir denken, die Alten sind langweilig. Das sind einfach zwei Welten.“ (ZK Mannheim; Z 74ff.) Vitale ältere Menschen könnten aus ihrer Sicht eine wertvolle Ressource für die Kinderbetreuung darstellen. Auch die Jugendlichen selbst wollen sich mehr einbringen. Sie könnten sich vorstellen, sich um Kinder oder ältere Menschen in der Nachbarschaft zu kümmern. *„Jeder wünscht sich einen schönen Lebensabschluss, in einem schönen Altenheim mit anderen Menschen. Leider sind viele Menschen in unserer Gesellschaft nicht mehr bereit, sich für alte Leute und ihre Pflege einzusetzen. Daraus folgt der Mangel an Fachkräften und ehrenamtlichen AltenpflegerInnen; und der Mangel an Respekt vor älteren Leuten.“* (ZK Heubach; Z 52ff.)

In einer Zukunftskonferenz formulierten die Jugendlichen den Wunsch, in einer Gesellschaft mit hohem Bildungsgrad und Lebensstandard zu leben. In einer anderen Zukunftskonferenz kritisierten die jungen Menschen den Druck innerhalb der Leistungsgesellschaft.

Chancengleichheit

Die Jugendlichen fordern, dass jeder BürgerIn die gleiche Chance auf Bildung haben müsse, sodass sich die bestehende soziale Ungleichheit nicht noch mehr verstärke. Sozial Schwächere dürften nicht benachteiligt werden. Den Jugendlichen fällt auf, dass Kinder aus sozial schwächeren Familien häufiger auf die Hauptschule gehen und seltener die Realschule oder gar ein Gymnasium besuchen. Dies hat aus ihrer Sicht nicht unbedingt etwas mit der schulischen Leistung zu tun, sondern damit, dass dies für die Familien die kostengünstigere Alternative ist, weil Exkursionen und Klassenfahrten seltener stattfinden und es weniger Schuljahre sind. In manchen Städten sei die ÖPNV-Karte für GymnasiastInnen teurer. *„Mittagessen in der Schule oder (...) das Schulmaterial, was man zusätzlich dazu kaufen kann, oder zusätzliche Bücher, die man zwar nicht kaufen muss, die einen aber oft weiter bringen (...), dafür haben die finanziell Schwächeren einfach kein Geld. (...) Deshalb haben sie nicht die Chance auf die gleiche Bildung.“* (ZK Freiburg; Z 72ff.) Die Stuttgarter Jugendlichen forderten die *„bessere Förderung von sozial Schwachen. In unserem Bildungssystem haben wir eben nicht alle die gleichen Chancen und das ist eigentlich schade.“* (ZK Stuttgart; Z 128f.) Bildung dürfe aus ihrer Sicht nicht von der Herkunft abhängig sein: *„Man sollte schwächere Schüler stärker fördern.“* (ZK Mannheim; Z 471f.) Kinder hätten nur dann eine gute Perspektive aus der Armutsspirale heraus zu kommen, wenn sie eine gute Bildung erhalten. Einige Jugendliche sprechen sich für Bildungsgutscheine aus: *„Bildungsgutscheine finden wir ganz gut, sie müssten aber unbürokratisch geregelt sein, so dass man keinen riesigen Katalog austeilt. Und sie müssten natürlich auch genutzt werden.“* (ZK Heidelberg; Z 33ff.) Außerdem ist es den jungen Menschen wichtig, Kindergartenplätze zu schaffen: *„Im Sinne der Chancengleichheit haben Kinder, wenn sie in die Grundschule kommen, nur dann die gleichen Voraussetzungen wenn sie die Sprache können.“* (ZK Stuttgart; Z 124ff.) Kinder und Jugendliche müssten vom Staat besser gefördert werden, da sie die *„Zukunft von Morgen“* (ZK Geislingen, Z 276) seien. Eltern sollten finanziell ausreichend unterstützt werden: *„Kinder dürfen kein finanzielles Problem sein.“* (ZK Heidelberg; Z 93)

Den jungen Menschen liegt ebenso die Chancengleichheit im Arbeitsleben am Herzen. Das Arbeitsleben leiste aus ihrer Sicht einen großen Beitrag zur Integration. Deshalb fordern sie einen gerechten und guten Einstieg ins Arbeitsleben auch für Frauen, sozial Benachteiligte und MigrantInnen.

Es komme auf den Charakter und das Können der Menschen an und nicht auf ihr Aussehen, ihre Nationalität oder ihre Religion, wurde in der Zukunftskonferenz Esslingen gesagt. Einige Jugendliche kritisieren es als ungerecht, dass BeamtInnen gegenüber Angestellten eine Sonderstellung haben, früher in Rente gehen können und einen höheren Rang haben. Den Jugendlichen ist es wichtig, dass alle BürgerInnen gleich behandelt werden, egal ob Einheimische, MigrantInnen, Arme, Reiche oder Menschen mit Behinderung. Deshalb wünschen sich einige Jugendliche mehr Unterstützung für Menschen an und unter der Armutsgrenze sowie Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung.

Legale bzw. illegale Drogen und Waffenbesitz

In einigen Zukunftskonferenzen wurde über legale und illegale Drogen diskutiert, zum Teil recht kontrovers. Themen waren das Alkoholverkaufsverbot ab 22 Uhr; ein Verbot von Alkohol unter 21 Jahren; bessere Kontroll- und Strafmaßnahmen beim Verkauf von Alkohol an Minderjährige und der Einhaltung des Rauchverbotes, sowie das Für und Wider einer Legalisierung von Cannabis. Das Thema Waffenbesitz beschäftigte einige junge Menschen in der Schorndorfer Zukunftskonferenz. Hierbei ging es vor allem um die Forderung, dass es härtere Strafmaßnahmen bei illegalem Waffenbesitz geben muss und die Kontrollen an den Landesgrenzen enghemmaschiger sein sollten, so dass keine Waffen aus dem Ausland illegal mitgebracht werden könnten.

4.4 Politische Beteiligung

In neun Zukunftskonferenzen diskutierten Jugendliche über das Thema politische Beteiligung. Hierbei ging es um die politische Aufklärung an Schulen, das Auftreten der Politik, Jugendforen und Eigenengagement sowie um die Umsetzung politischer Beteiligung. Politische Beteiligung finden Jugendliche wichtig, *„weil Demokratie ist ja eigentlich die Herrschaft des Volkes, und wenn dann jeder mitbestimmt und jeder sich beteiligt, dann ist die Demokratie eher verwirklicht. Dann werden die Interessen eher vertreten. Nicht nur alle vier Jahre wählen und dann ist nichts mehr. Dazu gehört auch, dass eine Verbindung hergestellt wird, dass ein Dialog entsteht zwischen dem Volk und den Vertretern. Und eine gewisse Anerkennung sollte durch diese Beteiligung erfolgen, also dass, wenn man was tut, das auch anerkannt wird.“* (ZK Freiburg; Z 96ff.) Die Jugendlichen wünschen sich, dass die Themen der Jugend in der Politik Berücksichtigung finden und dass es einen respektvollen Umgang mit Jugendlichen und ihren Anliegen in der Politik gibt. Außerdem sollten sich die Parteien mehr um die politische Bildung der Jugendlichen kümmern und sich ihrer Anliegen annehmen.

Politische Aufklärung in der Schule

Um politische Beteiligung überhaupt möglich zu machen, ist es laut den Jugendlichen unabdingbar, in der Schule politische Bildung zu vollziehen. Politische Bildung stellt aus ihrer Sicht die Grundlage für politisches Interesse dar. Die Schule sei die Institution, die die meisten jungen Menschen erreiche. Deshalb dürfe politische Bildung nicht als AG oder Wahlveranstaltung betrieben werden, sondern müsse fester Bestandteil des Pflichtunterrichts werden. Die derzeitige politische Bildung in den Schulen sei deutlich zu wenig und zu uneinheitlich. Die Wissensstände über Politik

und die Vermittlung von Politik seien von Schule zu Schule und vor allem auch je nach Schulart sehr unterschiedlich, so dass HauptschülerInnen kaum Wissen über Politik vermittelt bekämen und GymnasiastInnen teilweise damit überflutet würden. Wichtig ist den Jugendlichen, dass es nicht ausschließlich um die reine Wissensvermittlung von politisch abstrakten Themen gehen könne. Vielmehr müssten aktuelle politische Themen behandelt werden. Diskussionen sollten hierbei als grundlegende Unterrichtspädagogik mit einbezogen werden, denn Argumente selbst zu finden und zu vertreten, trüge zu einer politischen Meinungsbildung bei. Zudem wünschen sich einige SchülerInnen mehr Veranstaltungen in der Schule, bei denen aktuelle politische Themen Inhalt sind. Wünschenswert wäre, dass PolitikerInnen direkt an die Schule gehen und sich bzw. ihre Partei vorstellen und mit den Jugendlichen ins Gespräch kommen.

Eine Idee aus den Zukunftskonferenzen ist, in der Schule ein neues Schulfach rund um die politische Bildung zu etablieren – ein Schulfach in dem die Grundkenntnisse erworben werden, die befähigen, überhaupt Wahlentscheidungen treffen zu können: *„Viele Jugendliche, und das zieht sich dann ja auch weiter ins Erwachsenenleben, wissen überhaupt nicht, was die Unterschiede zwischen allen Parteien sind in den Programmen.“* (ZK Stuttgart; Z 13ff.) In anderen Zukunftskonferenzen wird gefordert, mindestens eine Schulstunde pro Woche der politischen Bildung zu widmen. Hierbei solle es um aktuelle politische Themen gehen. Dieses Schulfach solle einerseits Wissen vermitteln, andererseits praxisorientiert sein und aktuelle politische Themen mit einbeziehen. Zudem sollten vor allem das deutsche politische System und die Parteien behandelt werden. Die LehrerInnen müssten die SchülerInnen für das Thema Politik motivieren, Interesse schaffen und mit ihnen diskutieren; schlichter Frontalunterricht sei hier nicht angebracht. Wichtig dabei wäre, dass die LehrerInnen regelmäßig fortgebildet würden.

Ein paar Jugendliche hatten Forderungen an die Landeszentrale für politische Bildung. Diese müsse sich mehr um die Schulen kümmern: *„Wenn die politischen Tage durch die Landeszentrale für politische Bildung gefördert werden mit ihrem Budget, dann müssen die einfach in die Schule reingehen. Nicht, dass die Schulen es abrufen, nein, die LpB geht auf die Schulen zu, es gibt da eine Gesamtadresse von allen Schulen in Baden-Württemberg und die gehen dann dort hin. Ganz einfach! Da wird ein Termin vorgegeben: ‚Bitte frei machen für die und die Klasse‘. Einfach mal die LpB vorstellen machen. Da sollen auch keine Werbemittelkampagnen gefördert werden für zwei Millionen oder so, so etwas Übertriebenes, sondern rein in die Schulen und dann wird man auch bekannt.“* (ZK Stuttgart; Z 156ff.) Einige Jugendliche sind der Ansicht, dass für solch eine aufsuchende Arbeit ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen müssten. Jugendlichen müsste bewusst sein, dass sie hier Informationen zur Politik erhalten.

Auftreten der Politik und Informationen aus der Politik

„Wir denken, dass eine volksnahe Informationspolitik und insbesondere eine unaufgeforderte Transparenz eine existenzielle Grundlage einer funktionierenden Demokratie in Deutschland ist.“ (ZK Ravensburg; Z 32ff.) Viele junge Menschen wünschen sich PolitikerInnen, die sich für ihre BürgerInnen interessieren. Deshalb müsse die Information über die Politik des Landes stetig und nicht nur vor den Wahlen erfolgen. Um dies umzusetzen, schlugen einige Jugendliche vor, dass Politik verstärkt in den Medien präsent wird. Sie wollen mehr kind- und jugendgerechtes Bildungsfern-

sehen zu politischen Themen; Kinder- und Jugendzeitungen, in denen politische Aspekte beleuchtet werden; sowie mehr politische Präsenz im Internet und in sozialen Netzwerken. „Bei der Öffentlichkeitsarbeit geht es eben auch um die Erhaltung und Erweiterung von politischem Interesse. Die Medien müssen natürlich neutral berichten und müssen erklären und für die Unabhängigkeit in der Politik stehen.“ (ZK Heidelberg; Z 423ff.) Zudem sollte es regelmäßige Podiumsdiskussionen mit PolitikerInnen und Veranstaltungen wie die Zukunftskonferenzen geben. Die jungen Menschen erleben es als äußerst positiv, dass die PolitikerInnen zu den Zukunftskonferenzen gekommen sind. Informationen aus der Politik müssten gerade für Jugendliche interessant und ansprechend gestaltet werden, das derzeitige Image der Politik sei einigen Jugendlichen zu langweilig. Eine wichtige Funktion wird außerdem den Jugendgruppen der Parteien beigemessen. Diese seien unbedingt notwendig, und es müsse bei den jungen Menschen Werbung für diese Gruppen gemacht werden.

„Wir fordern mehr Transparenz und eine bessere Kommunikation zwischen und zu dem Volk von der Politik.“ (ZK Ravensburg; Z 30f.) Informationen müssten klar und verständlich formuliert sein, „damit wir auch die Möglichkeit haben, uns wirklich darüber zu informieren und sicher sind, dass wir etwas Wahres lesen und nicht irgendwelchen Schwachsinn. Und die Einhaltung von Versprechungen, nicht nur hohle Lügen, die dann am Ende überhaupt nicht durchgesetzt werden.“ (ZK Heidelberg; Z 436ff.) Außerdem ist es jungen Menschen wichtig, dass PolitikerInnen konkret sind: „Das ist meistens so bei den PolitikerInnen, die Antworten sind immer lang, aber nicht immer konkret.“ (ZK Esslingen; Z 282f.)

Des Weiteren fordern ein paar Jugendliche, dass mit verstecktem Rechtsextremismus, wie beispielsweise in der Wahlwerbung der NPD, strenger umgegangen wird. Hier müsse es klare Regelungen geben, die so etwas untersagen.

Jugendforen und Eigenengagement

„Bis heute hab ich gar nicht gewusst, dass es den Jugendgemeinderat überhaupt gibt.“ (ZK Geislingen; Z 153f.) Politische Gremien der Jugend scheinen bei den jungen Menschen selbst nicht immer ausreichend bekannt. Jugendliche beschreiben Beteiligung als das eigene Mitmischen, Mitbestimmen und Mitentscheiden. Allerdings schildern einige von ihnen, dass es kaum möglich sei, dies auch umzusetzen. Beispielsweise habe der Jugendgemeinderat, laut einigen Jugendlichen, zu wenig Mitspracherecht. Junge Menschen äußern den Wunsch mehr mitzureden und sich zu beteiligen, fühlen sich aber durch die geringen Einflussmöglichkeiten entmutigt. Deshalb halten unter anderem die Jugendlichen in Freiburg ein Wahlrecht ab 16 Jahren für wünschenswert: „Uns fehlt ein Druckmittel, uns bei politischen Prozessen richtig zu beteiligen. Deshalb die Forderung das Wahlrecht schon auf 16 herabzusetzen.“ (ZK Freiburg; Z 157 f.) Außerdem fordern viele junge Menschen, dass die politische Bildung wichtiger werden müsse, denn nur so könnten sie befähigt werden, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen und bereits ab 16 zu wählen.

„Zu den Jugendorganisationen lässt sich sagen, dass es Jugendliche gibt, die sich keiner Partei so ganz anschließen können oder wollen, weil sie einfach nicht komplett mit dem Parteiprogramm einverstanden sind. Vielleicht sollte man da noch andere Möglichkeiten schaffen, damit die sich politisch engagieren können.“ (ZK Ravensburg; Z 255ff.) Außerdem ist es Jugendlichen wichtig,

„dass die politische Beteiligung nicht nur die betreffen sollte, die sich dafür interessieren, weil es vom Elternhaus oder so eh vermittelt wird. (...) Vielleicht gibt es auch Interesse, das erst wirklich ausgeprägt werden muss.“ (ZK Ravensburg; Z 203ff.)

Umsetzung von politischer Beteiligung

„Wir haben eine so geringe Wahlbeteiligung, irgendwann gibt es wahrscheinlich gar keine Demokratie mehr. Weil jeder sagt dann: ‚Warum soll ich denn wählen gehen, es wird schon irgendwas kommen‘. Das find ich ganz arg schlimm.“ (ZK Geislingen; Z 482ff.) Viele Jugendliche sind der Meinung, dass es Änderungen im Wahlrecht geben müsse. Wie bereits oben erläutert, fordern sie ein Wahlrecht ab 16 Jahren. Dies würde einen Ausgleich zu der immer älter werdenden Bevölkerung schaffen und wäre eine Chance, bei den jungen Menschen Interesse für Politik zu wecken. Wichtig dafür ist den Jugendlichen aber eine gute politische Bildung und Wahlvorbereitung, so dass die Jugendlichen zum Wählen befähigt würden. Das könnte laut den Jugendlichen davor bewahren, dass Jugendliche von der Politik manipuliert werden. Die Jugendlichen gehen davon aus, dass *„durch das Wahlrecht ab 16 auch viel mehr Rücksicht auf uns Jugendliche genommen wird, weil wir sind ja dann neue Wähler und für uns müssen die Politiker ja dann auch die Sachen durchsetzen, die wir gerne hätten, damit wir sie wieder wählen.“ (ZK Freiburg; Z 137ff.)* Vor allem bei Themen, die die Jugendlichen direkt betreffen wie beispielsweise Bildung, ist es ihnen wichtig, dass sie von der Politik gehört werden und selbst mitentscheiden dürfen. Einige fordern eine Ausweitung des Wahlrechts für AusländerInnen, bei dem alle BürgerInnen, die seit zwei bis drei Jahren ihren festen Wohnsitz in Deutschland haben, wahlberechtigt seien, wie dies auf kommunaler Ebene bereits möglich ist. Hierbei sollte aus ihrer Sicht die Staatsangehörigkeit der WählerInnen keine Rolle spielen.

Auch über organisatorische Fragen der Wahlen haben sich ein paar junge Menschen Gedanken gemacht. So halten sie es für sinnvoll, dass die Wahl nicht nur an einem Sonntag stattfindet, sondern an einem kompletten Wochenende: Dies könnte die Wahlbeteiligung erhöhen. Neben einer *„vereinfachten Bürgerbeteiligung, also, dass es den Leuten leichter gemacht wird, sich politisch zu engagieren“*, (ZK Stuttgart; Z 38ff.) fordern sie gleichzeitig *„die ‚vereinfachte Stimmabgabe‘, z.B. über neue Medien, also Internet-Wahl, wie es auch in anderen Ländern schon möglich ist.“ (ZK Stuttgart; Z 38ff.)*

Zusammenfassend gesagt müssten die BürgerInnen laut den Jugendlichen also mehr Mitspracherechte in der Politik erhalten, ihre Meinung müsste gehört und respektiert, Engagement anerkannt werden. Zusätzlich schlagen sie mehr Elemente direkter Demokratie vor, wie Volksentscheide auch auf Bundesebene und Bürgerbegehren. Dazu sollten aus ihrer Sicht *„die Hürden in Baden-Württemberg gesenkt werden, damit man leichter ein Bürgerbegehren erreichen kann, weil dadurch auch die Menschen mehr an Politik interessiert sind und auch eher mitmachen. Wenn sie sehen, sie können ein Bürgerbegehren erreichen, sie können aktiv was mitbestimmen.“ (ZK Freiburg; Z 105ff.)*

4.5 Integration

In acht Zukunftskonferenzen gab es Diskussionen zum Thema Integration. Schwerpunkte hierbei waren Kennzeichen einer gelingenden Integration, der Bereich Toleranz und Akzeptanz, Sprache, politische Beteiligung von MigrantInnen sowie Schwierigkeiten mit MigrantInnen und dem Thema Integration.

Gelingende Integration

Das Wissen voneinander, Offenheit, gegenseitige Akzeptanz und Toleranz sehen die Jugendlichen als Grundvoraussetzung für gelingende Integration. *„Der Hauptbegriff ist eigentlich Aufklärung, die ganzen Vorurteile müssen abgeschaffen werden und das am besten so früh wie möglich, schon im Kindergarten.“* (ZK Mannheim; Z 24off.) *„Integration bedeutet gegenseitiges Respektieren, Akzeptieren und sich in das Gesellschaftssystem eingliedern, ohne die jeweilige Herkunft, beziehungsweise Kultur zu vernachlässigen.“* (ZK Ravensburg; Z 274ff.) Für einige Jugendliche ist es wichtig, dass Integration vorgelebt wird, vor allem und gerade auch von PolitikerInnen.

Im Zusammenhang mit gelingender Integration ist Bildung aus Sicht der Jugendlichen ein wichtiges Thema. Sie sind der Ansicht, dass es zu zwei Gesellschaften führt – gebildet und ungebildet – die nebeneinander leben, wenn MigrantInnen keine gerechten Bildungschancen bekommen. Daher halten sie es für wichtig, dass Kinder von MigrantInnen im deutschen Schulsystem besser ankommen. Hier müsste es aus ihrer Sicht Unterstützung von staatlicher Seite geben. Integration durch Bildung fange aber nicht erst in der Schule, sondern bereits im Kindergarten an. Einige junge Menschen fordern zum einen staatliche Kindergärten statt konfessionell geprägte und zum anderen die Kindergartenpflicht. So sollen Migrantenkinder und Nichtmigrantenkinder bereits früh miteinander in Kontakt kommen, gemeinsam spielen und die Sprache lernen. Dies führe nicht nur zum Spracherwerb, sondern auch zu gegenseitiger Toleranz und Akzeptanz.

Gelingende Integration dürfe nicht nur auf Bildung und Sprache bezogen werden, sondern müsse im Zusammenhang mit der Kultur gesehen werden: *„Wir leben hier zusammen, wir essen hier zusammen, wir glauben hier zusammen und deshalb ist die Gemeinsamkeit für uns wirklich das Allerwichtigste.“* (ZK Geislingen; Z 103ff.) Stuttgarter Jugendliche berichten aus ihrer Stadt, dass es dort schon seit Jahren kulturübergreifende Projekte und Feste gebe, bei denen Gemeinschaft und Integration gelebt würden. Dies erleben die jungen Menschen als sehr positiv. Sie wünschen sich mehr solcher kultureller Angebote. Nur wer sich mit Menschen treffe und ihre Kultur kennen und verstehen lerne, könne sich integrieren bzw. die Kultur anderer akzeptieren. Auch sollte es nach Ansicht einiger Jugendlicher mehr Angebote wie Ausflüge und Veranstaltungen geben, bei denen die Begegnung von Deutschen und MigrantInnen im Vordergrund steht.

Integration, so betonen Jugendliche, sei ein Nehmen und Geben. MigrantInnen müssten demnach auch integrationswillig sein und sich aktiv um ihre Integration in die Gesellschaft kümmern. Als Pflichten eines Integrationswilligen beschreiben Jugendliche aus Heubach: *„Zuerst einmal muss er bereit sein, sich zu integrieren und auch die Integrationsangebote vom Staat akzeptieren.“* (ZK Heubach; Z 186ff.) Ähnlich formulierten Jugendliche aus Geislingen als Anforderung an MigrantInnen

nen: „Anpassen an die deutschen Gesetze, das ist ganz klar. Man sollte sich immer an die Regeln, die Gegebenheiten anpassen, das ist in jedem Land so.“ (ZK Geislingen; Z 110f.) Wichtig ist einigen, dass sich keine Wohnsiedlungen bilden, in denen fast ausschließlich MigrantInnen leben: „Es sollte keine Ghettobildung geben, also Ecken, in denen Kriminelle sind und in denen zu viele Straftätigkeiten sind.“ (ZK Heubach; Z 186ff.) „Eine gleichmäßige Verteilung wär ja auch für die Leute besser. (...) Wenn die Leute dort vielleicht selbst nicht rauskommen aus dem System, was ja anscheinend ein geschlossener Kreislauf ist, wäre das eine Starthilfe für sie, durch die sie es schaffen mehr in die Gesellschaft integriert zu werden und in der Gesellschaft aufzusteigen.“ (ZK Heidelberg; Z 404ff.)

Integration kann aus Sicht dieser Jugendlichen also dann gut gelingen, wenn es eine Durchmischung im Sinne von Nationalitäten als auch von Schichten gibt. Gleichzeitig gibt es bei einigen Jugendlichen das Gefühl einer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Sie wünschen sich, „dass Deutsche genauso viel arbeiten können wie Integrierte, also wie Immigranten.“ (ZK Heubach; Z 186ff.)

Toleranz, Akzeptanz und Anerkennung

Zusammenhalt und Gleichberechtigung ist für viele Jugendliche ein zentrales Thema: „In einem Land sollte man zusammenhalten, egal von welcher Herkunft man auch ist, weil es hat irgendwie gar keinen Sinn, wenn man versucht sich gegenseitig nieder zu machen. Wir leben gemeinsam in diesem Land und sollten auch gemeinsam zusammen auskommen.“ (ZK Geislingen; Z 68ff.) Dabei sehen und akzeptieren sie kulturelle Unterschiede: „Also jeder weiß, dass beispielsweise der Deutsche eine ganz andere Kultur hat als jetzt der Bosnier oder der Serbe oder der Kurde. Es sollte die Möglichkeiten geben, was unternehmen zu können, kulturelle Möglichkeiten, das heißt einfach Kulturzentren.“ (ZK Geislingen; Z 86ff.)

Einige Jugendliche sind der Ansicht, dass Begegnungen zwischen Christen und Muslimen angeboten werden sollten, um eine bessere gegenseitige Akzeptanz zu fördern. Beispielweise könnten Christen eine Moschee besuchen und Muslime eine Kirche. Hierfür wäre es wünschenswert, wenn es PolitikerInnen gäbe, die solche Projekte begleiten und die Schirmherrschaft dafür tragen würden (vgl. Schorndorf Z 98ff). Einige Jugendliche fordern, dass religionsfeindliche Plakate verboten werden und die Presse dazu angehalten wird, weder offen noch verdeckt gegen MigrantInnen zu hetzen. Ein Jugendlicher aus Stuttgart unterstreicht diese Forderung folgendermaßen: „Ich bin selber Moslem und ich habe überhaupt kein Problem damit, meine religiösen Ansichten mit dem Grundgesetz in Verbindung zu bringen. Und so geht es auch vielen meiner Freunde. Wieso muss ich mich in einen Topf schmeißen lassen mit Fundamentalisten? Das Gefühl habe ich grad, wenn ich die Springer-Presse lese und ein paar Politikern zuhöre.“ (ZK Stuttgart; Z 235ff.)

„Ich trage mein Kopftuch, weil ich wirklich fest davon überzeugt bin, dass es das Richtige für mich ist und nicht aus Provokation oder irgendeiner politischen Gesinnung. Ich fühle mich einfach nur wohl in meiner Haut und ich möchte so akzeptiert werden.“ (ZK Mannheim; Z 262ff.) Die Toleranz des Kopftuches ist für die Jugendlichen ein großes Thema. Es ist ihnen wichtig, dass ihre muslimischen Freunde nicht wegen ihres Kopftuchs verspottet und verstoßen werden. „Ich habe viele Freunde, die Kopftuch tragen, die können, wenn sie auf Lehramt studiert haben, in Baden-Württemberg nicht arbeiten gehen. Ich hab Freunde, die Bürokauffrau gelernt haben, die nicht arbeiten können.

Wie sollen die sich bitteschön dann integrieren?“ (ZK Mannheim Z 272ff) Das Tragen eines Kopftuches in der Schule finden viele Jugendliche in Ordnung. Ein paar Jugendliche finden dies allerdings in Schulen mit einem konfessionellen Hintergrund nicht angebracht. Beim Thema Burka ist die Toleranz weitaus geringer. In Mannheim sprechen sich die meisten für ein Burka-Verbot aus, da man unter einer Burka im Gegensatz zum Kopftuch die Person nicht erkennen könne. Muslimische Jugendliche in Mannheim fordern von den PolitikerInnen, dass sie als Religionsgemeinschaft anerkannt werden sollten: „Dass wir Muslime hier in Baden-Württemberg nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt werden, ist wirklich ein sehr großes Problem und behindert die Integration. Dann würden wir Zuschüsse vom Staat bekommen – momentan finanzieren wir uns nur durch Spenden. Dann könnten wir Nachhilfekurse anbieten, und Integrationskurse und Seelsorge. Das können wir derzeit nicht, weil wir die Miete bezahlen müssen. Das ist ein sehr großes Problem, dass Sie [die PolitikerInnen, Anm. d. Red.] eigentlich lösen könnten, weil diese Religionsgemeinschaften sind glaub ich Ländersache. Wir gelten nur als Verein und das ist sehr ätzend.“ (ZK Mannheim; Z 345ff.)

Auch in der Schule plädieren die Jugendlichen für gleiche Behandlung: *„Dass es an Schulen christlichen Unterricht gibt, ist nicht 100 Prozent Gleichberechtigung. Die Moslems und auch die anderen Religionen werden gleich in den Ethikunterricht geschickt. Das find ich nicht in Ordnung, weil Christentum und Islam sind ja alles Religionen und deshalb sollte das auch gleichberechtigt sein.“* (ZK Geislingen; Z 79ff.) Für viele junge Menschen ist es wichtig, dass Deutsche und MigrantInnen stets gleich behandelt werden. Deshalb ist auch die *„Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen“* (ZK Heubach; Z 201f.) von Bedeutung. *„Es geht ja um die Menschen innen drin. Und es ist eigentlich ganz egal wie einer aussieht, ob der jetzt schwarz ist. Das ist ja, als wären wir hier hundert Jahre zurück. Wir sprechen jetzt gerade darüber wie eine Person von außen aussieht, aber darum geht es doch gar nicht.“* (ZK Mannheim; Z 323ff)

Deutsche Jugendliche sehen sich beim Thema Integration durchaus auch in der Pflicht: *„Die Einheimischen, die Deutschen indirekt, sollten das auch tolerieren, wenn die Ausländer versuchen, sich zu integrieren, und es mit gemeinsamer Kraft zu einem guten Ergebnis bringen.“* (ZK Geislingen; Z 117ff.) Auf Verständnis stößt bei einigen der Wunsch nach einer doppelten Staatsbürgerschaft: *„Ich kann mir vorstellen, dass gerade Leute, die in Deutschland groß geworden sind, sich zwar primär schon als Deutsche fühlen, aber ihre Wurzeln nicht ganz lassen wollen. Wie das eigentlich, kann man denen nicht mit einer doppelten Staatsbürgerschaft entgegen kommen?“* (ZK Stuttgart; Z 250ff.) Außerdem sind einige Jugendliche dafür, dass Einwanderung wegen politischer Verfolgung in Form von Asyl immer möglich sein müsse.

Sprache

„Jeder sollte die deutsche Sprache lernen“ (ZK Geislingen; Z 108), denn ohne diese sei eine Integration in die Gesellschaft – nach Meinung der Jugendlichen – kaum möglich. Gerade hier benötigten MigrantInnen die Hilfe des Staates, denn der Spracherwerb dürfe nicht an den finanziellen Mitteln der MigrantInnen scheitern. Deshalb fordern Jugendliche kostenlose Sprachkurse. Im Kindergarten müssten mehr qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung stehen, um den Kindern die deutsche Sprache spielerisch beizubringen.

Mehrere junge Menschen sprechen sich gegen einen Deutschzwang auf deutschen Schulhöfen aus, weil aus ihrer Sicht die Muttersprache für MigrantInnen genauso wichtig sei wie Deutsch, da sie sich ohne sie nicht mit ihrer Familie verständigen könnten. Ihrer Meinung nach sollten die SchülerInnen die Möglichkeit haben, sich freiwillig und bewusst für die deutsche Sprache zu entscheiden, denn freiwillig lerne es sich besser und motivierter als unter Zwang. Zudem halten sie einen Deutschzwang auf dem Schulhof für schwer umsetz- und kontrollierbar (vgl. ZK Mannheim; Z 359ff).

Politische Beteiligung

„Wir Ausländer wollen gerne Wahlrechte haben, denn das ist wichtig. Man wird einfach nicht gleichberechtigt behandelt, wenn man hier lebt, aber nicht wählen darf. Wir haben auch das Recht dazu.“ (ZK Geislingen; Z 75ff.) MigrantInnen wollen und sollen sich nach Meinung der Jugendlichen politisch beteiligen. Die jungen Menschen aus Stuttgart finden: *„Ein wichtiger Schritt zur Integration ist, dass Leute, die seit zwei, drei Jahren hier ihren festen Wohnsitz haben, auch das Recht haben zu wählen.“* (ZK Stuttgart; Z 47ff.)

Schwierigkeiten mit dem Thema Integration

Die Stimmen zum Thema Integration sind nicht ausschließlich positiv. Bei den Zukunftskonferenzen in Heubach und Heidelberg haben einige Jugendliche Probleme und Ängste im Zusammenhang mit Migration und Integration formuliert. Aussagen waren, MigrantInnen in Deutschland hätten keinen Grund, sich über die Deutschen zu beschweren, denn die MigrantInnen hätten es bei uns gut und sollten lieber dankbar dafür sein! (vgl. ZK Mannheim; Z 392ff.) Einige Jugendliche fühlen sich durch MigrantInnen bedroht. Sie haben beispielsweise Angst, in einer zwischen Deutschen und MigrantInnen gespaltenen Gesellschaft zu leben: *„Natürlich muss man eine Kontingentierung des Zuzugs noch beachten, bevor es einen Kulturverlust gibt, also wir unser Christentum verlieren, was für uns in Deutschland natürlich wichtig ist. Oder wenn die Einwanderer ihren Islam oder ihr sonstiges Zeug absichtlich aufgeben müssen. Religionsfreiheit herrscht hier bei uns, Meinungs-freiheit gibt es bei uns. Soweit kann man das also nicht treiben. Man muss immer sagen, irgendwo muss die Grenze sein.“* (ZK Heubach; Z 179ff.)

Jugendliche aus Heubach sind bei Einbürgerung und Zuzug zurückhaltend: *„Es sollte eine Einbürgerung mit Widerrufsrecht geben, bei dauerhafter Integrationsunwilligkeit oder Straffälligkeit.“* (ZK Heubach; Z 165ff.) Auf der anderen Seite räumen sie ein: *„Unter besonderen Umständen muss es Ausnahmeregelungen geben, wie zum Beispiel politisches Asyl, bei Naturkatastrophen und wenn es keinen anderen Ausweg für Immigranten gibt.“* (ZK Heubach; Z 165ff.) Ein paar junge Menschen könnten sich ein „Filter-Verfahren“ vorstellen, nachdem Einwanderern nach Qualifikation, Straffälligkeiten und weiteren Kriterien bewertet würden: *„Man kann Integration nicht beliebig weit treiben. Ich kann nicht jeden einfach rein lassen, weil er sagt, ‚Ich möchte gern einwandern‘. Da gilt es auch ein bisschen aufzupassen, wenn die Leute, die einwandern möchten, in ihren Ländern Straftaten begangen haben – Kindesmissbrauch, Mörder – gibt es alles. Die soll man natürlich nicht einfach hier her lassen, das könnte dann auch ein bisschen zu Problemen führen. Die Einwanderer treiben ja manchmal ihr Unwesen hier.“* (ZK Heubach; Z 170ff.) Sie schlagen darum vor, MigrantInnen zu prüfen: *„Natürlich müssen die Einwanderer unsere Grundwerte, unsere demokratische Grundord-*

nung akzeptieren, das muss gewährleistet sein, besonders die Gleichstellung von Mann und Frau, was im Islam zum Beispiel oft ein Problem ist. Des Weiteren sehen wir vor, dass Einwanderungstests vorgenommen werden.“ (ZK Heubach; Z 156ff.)

In Heidelberg haben Jugendliche den Eindruck, dass die Toleranz Deutschlands von den MigrantInnen ausgenutzt werde. Als Indizien nennen sie die Kriminalitätsrate von MigrantInnen und die Kosten für den deutschen Staat beispielsweise für Bildungsprogramme. Hier fehle es den PolitikerInnen an Mut, etwas zu ändern. Sie schätzen die Akzeptanz der Deutschen gegenüber MigrantInnen als sehr hoch ein und verweisen auf große Moscheen in Deutschland. Sie sind der Ansicht, MigrantInnen müssten es akzeptieren, wenn es an konfessionell geprägten Schulen nur christlichen Religionsunterricht gäbe.

Einige der Heidelberger Jugendlichen fühlen sich in öffentlichen Verkehrsmitteln bedroht, wenn MigrantInnen mitfahren. Sie fordern im Umgang mit MigrantInnen „*verschärfte Strafmaßnahmen gegen Wiederholungstäter*“, „*allgemeine Kindergartenpflicht für alle Immigranten*“, „*eine verstärkte Polizeipräsenz, besonders in Brennpunkten oder auf Plätzen, wie z. B. jetzt in Heidelberg, den Bismarck-Platz und das auch vor allem abends.*“ (ZK Heidelberg; Z 325ff.)

4.6 Mobilität

Mobilität ist für junge Menschen von großer Bedeutung, sie war in acht Zukunftskonferenzen Thema. Jugendliche haben das Bedürfnis möglichst flexibel, kostengünstig und sicher von einem Ort zum anderen zu kommen. Vor allem der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wurde hierbei kritisch in den Blick genommen, da dieser für Jugendliche das zentrale Mittel zur Fortbewegung darstellt. Stuttgarter Jugendliche beschreiben die Wichtigkeit des ÖPNV und die Faktoren für einen guten ÖPNV wie folgt: „*Ich bin der Meinung, dass in Städten der öffentliche Nahverkehr so gut sein sollte, dass Autos eigentlich überhaupt nicht mehr nötig sind. Da geht es einfach darum, wie kostengünstig ist der öffentliche Nahverkehr, wie gut fährt er. Und wenn er günstig und oft genug da ist, dann ist das immer unschlagbar gegenüber dem Auto. Aber das muss politisch gewollt sein.*“ (ZK Stuttgart; Z 387ff.)

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Vielen Jugendlichen ist der ÖPNV zu teuer: „*Die VVS-Pässe sollen billiger sein, wir finden dass das zu teuer ist, viele können sich das nicht leisten.*“ (ZK Schorndorf; Z 65f.) Der Ruf nach kostengünstigeren Tarifen wird nicht nur im Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) deutlich, sondern zieht sich durch die gesamten Zukunftskonferenzen. Hierbei geht es um die SchülerInnenwertmarken, das Studi-Ticket und um Erwachsenenfahrtscheine, also um den gesamten Fahrscheinbereich. Gerade für SchülerInnen sollte der Staat, so einige Jugendliche, deutlich mehr Fahrtkosten tragen. Beim Studi-Ticket wird kritisiert, dass es stets nur für einen Netzverbund gültig ist. Dies führe zu einer erheblichen finanziellen Belastung, wenn Wohn- und Studienort nicht im gleichen Verkehrsverbund liegen und deshalb doppelt gezahlt werden müsse. Hier sollte dem Beispiel anderer Bundeslän-

dern gefolgt werden, in denen das Studi-Ticket für das gesamte Bundesland gilt. Ebenso wäre eine Ausweitung des SchülerInnen-Ferien-Tickets für StudentInnen wünschenswert. Für Personenkreise, deren finanzielle Mittel äußerst knapp sind, fordern die Jugendlichen ein Sozial-Ticket, dessen Preis wesentlich geringer sein müsse als gewöhnliche Fahrscheine. Nach Ansicht der Jugendlichen würde eine Reduzierung der Preise im Gegenzug zu einer größeren Nutzung des ÖPNV führen: *„Wenn man die Fahrkartenpreise günstiger machen würde, würde sich das finanziell ja auch wieder ausgleichen, weil dann mehr Leute Fahrscheine kaufen würden.“* (ZK Mannheim; Z 50f.) Hierzu haben sich einige Stuttgarter Jugendliche das Projekt „ÖPNV for free“ einfallen lassen. Hierbei soll es vier Wochen möglich sein im gesamten VVS-Netz den ÖPNV kostenlos zu nutzen. Durch dieses Projekt wollen die Jugendlichen deutlich machen, dass der ÖPNV für die BürgerInnen attraktiver wird, wenn er kostengünstiger ist. Laut den Jugendlichen müsste ein solches Projekt aus staatlichen Mitteln getragen werden. Kritisiert wird, dass das Preissystem in einigen Verkehrsverbänden sehr komplex und unüberschaubar sei.

Ein weiterer Aspekt ist das Preis-Leistungs-Verhältnis, welches laut vielen Jugendlichen derzeit nicht stimmt. Gerade zu den Hauptverkehrszeiten seien Züge und Busse häufig überfüllt. Zum Teil werde man vom Bus nicht mitgenommen, weil dieser zu voll sei. Jugendliche finden dies nicht nur ungerecht, da ein stehender Fahrgast das selbe zahle wie ein sitzender, sondern stellen auch die Frage, ob ihre Sicherheit gefährdet ist, sei es durch einen Unfall oder auch durch Rängeleien, die entstehen, wenn so viele Menschen eng zusammen sind. Um dem zu begegnen fordern die Jugendlichen mehr Zugabteile und Busse in den Hauptverkehrszeiten und ausreichende Kapazität für den Fahrradtransport in den Bussen, in denen dies erlaubt ist.

Fahrpläne und Anschlussanbindungen sollten nach Ansicht der Jugendlichen besser getaktet sein und das Streckennetz in den städtischen Randgebieten und den ländlich gelegenen Ortschaften müsse dringend ausgebaut werden: *„Öffentlicher Nahverkehr muss im ländlichen Raum weiter ausgebaut werden und nicht abgebaut.“* (ZK Mosbach; Z 96f.) Gerade am Wochenende sowie abends und nachts stellen die Taktungen der Busse und Bahnen für viele junge Menschen, die außerhalb der Großstädte leben, ein Problem dar: *„Es kann nicht sein, dass eine Buslinie sonntags drei Mal fährt! Es bringt mir nichts, wenn in Stuttgart die Bahnen, die U-Bahnen und die Busse alle rundum im Fünf-Minuten-Takt fahren, aber hier dann sonntags drei Mal der Bus fährt.“* (ZK Esslingen; Z 76ff.) *„Viele Jugendliche wissen nicht wie sie ab null Uhr heimkommen sollen. Ein Taxi ist einfach zu teuer. Deswegen wünschen wir uns mehr Nachtbusse und S-Bahnen.“* (ZK Esslingen; Z 84ff.)

Beim Ausbau des Streckennetzes müsse das Wohl der BürgerInnen mit berücksichtigt werden. Außerdem ist es einigen Jugendlichen wichtig, einen *„CO₂-freien öffentlichen Personennahverkehr“* (ZK Freiburg; Z 184) zu haben.

Die Jugendlichen richten ihre Forderungen zum ÖPNV an die Adresse der Landespolitik, da sich die Probleme nicht nur auf einige Gebiete beschränken, sondern ganz Baden Württemberg betreffen. Das Land müsse deutlich mehr in den ÖPNV investieren, um ihn attraktiver zu machen, so die Einschätzung der Jugendlichen.

Individualverkehr

Sicherheit im Straßenverkehr ist vielen Jugendlichen wichtig. Hier steht für sie vor allem die Sanierung von Straßen und Fahrradwegen im Mittelpunkt. Sie sehen in den Schlaglöchern in Straßen eine enorme Gefahr für Motorrad- und FahrradfahrerInnen. Sie fordern, Fahrradwege zu sanieren und auszubauen und Radwege nicht auf Straßen zu bauen. Einige Jugendliche fordern zudem eine *„bessere und schnellere Umsetzung von Baustellen, weil, (...) wenn da Baustellen sind, muss man Umwege fahren und kommt viel später an sein Ziel.“* (ZK Heidelberg; Z 103ff.)

Unter den Jugendlichen gibt es keine einheitliche Meinung, ob ein Autoführerschein ab 16 Jahren sinnvoll ist, einig sind sie jedoch, dass das begleitete Fahren ab 17 Jahren sehr positiv ist, um Fahrpraxis zu sammeln. Das Autofahren in hohem Alter wurde von ein paar jungen Menschen kritisch betrachtet. Sie vertreten die Meinung, ältere Menschen mit einem eingeschränkten Fahrvermögen sollten ein Fahrverbot erhalten. Im Gegenzug schlagen sie vor, diesen Menschen eine staatlich finanzierte Dauerkarte für den ÖPNV zur Verfügung zu stellen.

Jeweils einige Jugendliche wünschten sich mehr kostenlose Parkplätze und längere Parkmöglichkeiten, kritisierten die immer höher werdenden Spritpreise oder forderten, dass Unternehmen die tatsächlich verursachten Transportkosten tragen sollten, also nicht nur die Kosten für Benzin, sondern auch für Unfallkosten und Umweltbelastung.

4.7 Umwelt

In sieben Zukunftskonferenzen wurde das Thema Umwelt besprochen. Schwerpunkt der Diskussionen bildeten unterschiedliche Energiequellen, daneben waren Umweltschutz, Tierschutz und Nahrungsmittelproduktion weitere Themen. Diskutiert wurde, ob es Sinn macht, die Energie- und Wasserversorgung, die Müllentsorgung und den ÖPNV zu verstaatlichen, um gerechtere Bedingungen zu schaffen. Einige Jugendliche forderten eine größere Transparenz in der Umweltpolitik sowie mehr Förderung für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich.

Atomenergie versus erneuerbare Energie

„Wir wollen, dass die Atomkraftwerke jetzt deutschlandweit abgeschaltet werden und nicht jetzt 35 Jahre verlängert werden, denn wir sind das Vorbild für ganz Europa, und wenn wir es jetzt nicht machen, ja, dann machen es auch nicht Frankreich oder Russland.“ (ZK Mannheim; Z 610ff.) Die Forderung der Jugendlichen ist deutlich, sie wollen keine Energie aus Atomkraftwerken: *„Wir finden, Atomkraftwerke sollen abgeschaltet werden, es sollen andere Energiequellen genutzt werden, wie zum Beispiel Solarenergie, Windenergie, Wasserenergie.“* (ZK Geislingen; Z 381ff.) Einigen Jugendlichen ist wichtig, dass die Kernenergie auch nicht als Brückentechnologie benutzt wird. Ebenso müsse schnellstmöglich ein Endlager für den entstandenen und nach wie vor entstehenden Atom- müll gesucht werden. Diese Suche müsse offen und im Dialog mit den BürgerInnen stattfinden. Einige Jugendliche fordern, dass Baden-Württemberg gerade an dieser Stelle Verantwortung übernehmen sollte. Zudem müsse ein Umstieg auf erneuerbare, weniger schädigende Energiegewinnung

rasch von statten gehen. Als nicht sinnvoll sehen Jugendliche es an, die Energie aus Kohlekraftwerken zu beziehen, „*die CO₂ in die Luft blasen, damit ist der Umwelt nämlich auch nicht wirklich geholfen.*“ (ZK Mannheim; Z 648ff.)

Beim Umstieg auf erneuerbare Energien durch Wasser, Sonne und Wind müsste im Vorfeld geforscht werden, um negative Folgen zu vermeiden. Nach Ansicht einiger junger Menschen müsse der Staat dieses Vorhaben in zweierlei Hinsicht unterstützen: Zum einen müssten mehr staatliche Gelder in Forschungsvorhaben zum Thema erneuerbare Energie gesteckt werden. Andererseits müsste es Subventionen für private Haushalte geben, die zum Beispiel eine Photovoltaikanlage bauen wollen, sich dies aber wegen der hohen Anschaffungskosten aus eigenen finanziellen Mitteln nicht leisten können. Trotz dieser Forderungen stellen sich ein paar Jugendliche die Frage, was auf sie als VerbraucherInnen bei den Energiepreisen zukommt.

Eine weitere Maßnahme ist aus Sicht der Jugendlichen das Energiesparen: „*Wir würden es begrüßen, wenn man eine gewisse Norm erstellt für energieeffiziente Geräte, nach dem Beispiel für Haushaltsgeräte, z. B. wie Kühlschränke oder Waschmaschinen, dass man einfach die ganzen Energiefresser, die man überall im Haushalt hat, ein bisschen transparenter in den Läden darbieten kann und sofort weiß, ob man sich jetzt ein energieeffizientes Gerät zulegt oder nicht.*“ (ZK Heidelberg; Z 212ff.) Außerdem sollten aus ihrer Sicht Bahn und der ÖPNV in Zukunft ohne Atomstrom auskommen.

Umweltschutz

Um den Umweltschutz voranzutreiben, ist nach Ansicht der Jugendlichen Aufklärung und Erziehung zum Umweltschutz nötig: „*Man sollte auf jeden Fall das Umweltthema in den Lehrplan aufnehmen. Es wäre gar nicht schlecht, wenn man daraus ein eigenes Fach macht, damit man diese Kontinuität drin hat. Man hat das einmal in Geographie, oder so, dann hat man es noch mal in Biologie. Das ist so sporadisch und das interessiert dann auch eigentlich keinen. Das bleibt nicht wirklich im Gedächtnis hängen.*“ (ZK Heidelberg; Z 226ff.) Umweltschutz als Schulfach müsste auf der einen Seite spannend und interessant gestaltet sein, beispielsweise durch Exkursionen; auf der anderen Seite müssten LehrerInnen zusätzlich fortgebildet werden. Aber auch Erwachsene müssten zu dem Thema aufgeklärt werden. Dies könnte durch Umweltkampagnen geschehen, „*wie z. B. Werbung durch Filme, die im Kino laufen oder im Fernsehen, Plakate und Artikel in der Zeitung. Und Verbraucher-Tipps, denn die Eltern sind natürlich die Vorbilder für die Kinder.*“ (ZK Heidelberg; Z 238ff.)

Ein weiterer Aspekt ist die Umweltbelastung durch den Straßenverkehr: „*Wir können unsere Umwelt schützen, indem wir öffentliche Verkehrsmittel verwenden, indem wir Fahrrad fahren und laufen. Für kürzere Strecken sollte man nicht das Auto nehmen.*“ (ZK Geislingen; Z 406ff.) Durch den Ausbau des ÖPNV sollte das Auto als Fortbewegungsmittel zweitrangig werden. Der Staat sollte verbrauchsärmere Autos subventionieren und Autos mit einem höheren Verbrauch stärker besteuern. Auch in Elektroautos sollte der Staat mehr finanzielle Mittel investieren. Laut ein paar junger Menschen wäre das Einführen eines autofreien Sonntags pro Monat oder eine begrenzte Autostückzahl pro Haushalt denkbar. Ein paar Jugendliche fordern, dass Schnellstraßen nicht an Wohnsiedlungen gebaut werden dürften, zum einen wegen der Luftverschmutzung und zum anderen wegen der Lärmbelästigung der AnwohnerInnen.

Auch zum Thema Müll haben jungen Menschen Verbesserungsvorschläge: Sie fordern mehr Mülleimer in Wohnsiedlungen und *„dass die öffentlichen Mülleimer keine so großen Abstände voneinander haben, weil nicht alle Menschen so viel Geduld haben um ein paar Meter zu laufen, um den Müll, den sie bei sich haben, zu entsorgen. Deswegen schmeißen die Leute das einfach auf den Boden. Vielleicht entsorgen die Menschen das dann besser.“* (ZK Geislingen; Z 396ff.) Müll und andere gefährliche Stoffe dürften aus ihrer Sicht nicht übers Meer transportiert werden, um den Lebensraum Meer und die Meeresbewohner nicht zu gefährden. Einige Jugendliche wollen die Gesellschaft für Mülltrennung und Recycling sensibilisieren und den Verpackungswahn stoppen. Außerdem fordern junge Menschen, dass in den Städten mehr Bäume gepflanzt werden. Zudem müssten öffentliche Gebäude umweltfreundlich gestaltet sein, da sie für die BürgerInnen eine Vorbildfunktion hätten. Die Abholzung von Wäldern, insbesondere der Regenwälder, müsse gestoppt werden.

Tierschutz

„Wir sind gegen Massentierhaltung, das ist weder für die Tiere gut, noch ist es für uns gut, wenn wir zu viel Fleisch essen. Wir sind mittlerweile in einer Gesellschaft, wo einfach fast täglich Fleisch auf dem Teller ist und das ist weder der Gesundheit zuträglich, noch dem Klima.“ (ZK Stuttgart; Z 597ff.) In Heidelberg haben sich die jungen Menschen Gedanken über das Thema Massentierhaltung gemacht und meinen: *„Der Tierschutz sollte ins Gesetz kommen. Weil Massentierhaltung, die sollte einfach verhindert werden. Vor allem ist es nicht nötig, die Tiere noch so zu quälen. So was, wie ein freies Gehege, das wäre eigentlich gar nicht so ein großes Problem. Dass man sie einfach artgerechter behandelt. Da fühlt man sich selber besser, wenn man sie dann konsumiert.“* (ZK Heidelberg; Z 259ff.) Um das Wohl der Tiere sicher zu stellen, müsse zudem der artgerechte Transport und die artgerechte Haltung von Tieren stärker kontrolliert werden. Wenn Transport oder Haltung nicht artgerecht seien, müsse es höhere Strafen als bislang dafür geben: *„Man sollte da auf jeden Fall strengere Kontrollen machen, es gibt heutzutage in der Massentierhaltung viel Leid für die Tiere und ich finde, das sollte man nicht unterstützen.“* (ZK Geislingen; Z 516ff.)

Ebenso muss das Futtermittel der Tiere strenger kontrolliert werden. Ein unnützes Töten von Tieren, beispielsweise zwecks ihres Pelzes, muss nach Aussage einiger Jugendlicher unbedingt verhindert werden.

Nahrungsmittel

„Wir wollen keine Versuchskaninchen für Gentechnik sein, das kommt einfach nicht in die Tüte, dass an uns ausprobiert wird, ob es da irgendwie Langzeitschäden geben könnte oder sonst irgendwas.“ (ZK Stuttgart; Z 600ff.) Am liebsten wäre es einigen Jugendlichen, wenn genveränderte Lebensmittel in Deutschland verboten würden (vgl. ZK Mosbach; Z 105). Auf jeden Fall müsste es aus ihrer Sicht eine bessere Kennzeichnung für genveränderte Lebensmittel geben. Der Konsument müsse beim Einkauf Klarheit über sein Produkt haben, Gütesiegel müssten für den Kunden transparent sein. Die Heidelberger Jugendlichen schlagen hierzu eine Umwelt-Ampel für Lebensmittel vor: *„Wenn man einen roten Punkt auf den Lebensmitteln hat, könnte das heißen, dass es insofern schlecht ist, dass Düngemittel benutzt wurde, dass es Pestizide hat. Und gelb wäre, dass es aus*

der Massentierhaltung kommt, aber dafür ist der Preis fair, und grün wär dann, dass es keine Massentierhaltung gab und dass das Tier artgerecht behandelt wurde und ein fairer Preis.“ (ZK Heidelberg; Z 270ff.) Des Weiteren wäre eine staatliche Unterstützung für Klein- und Biobauern sowie eine Subventionierung von biologischem Essen in Schulen und Kantinen wünschenswert. Außerdem müssten die BürgerInnen dazu gebracht werden, ihr Konsumverhalten zu überdenken und mehr regionale und saisonale Produkte zu kaufen.

4.8 Ehrenamt und Engagement

In sechs Zukunftswerkstätten diskutierten die Jugendlichen über das Thema Ehrenamt und Engagement. *„Für ein gutes Gemeinschaftsgefühl ist uns wichtig, dass das Ehrenamt mehr unterstützt wird und dass sich mehr Leute ehrenamtlich engagieren. Sonst werden in der Zukunft in der Gesellschaft mehr Probleme auftreten!“* (ZK Heubach; Z 45ff.)

In den Diskussionen ging es um die Vor- und Nachteile ehrenamtlicher Tätigkeit, um die Anerkennungsmöglichkeiten und um den Bekanntheitsgrad von Ehrenämtern. Aber auch über die Gestaltung der ehrenamtlichen Tätigkeiten machten sich die Jugendlichen Gedanken. So fordern sie beispielsweise Angebote mit unterschiedlichem Zeitaufwand: *„Damit man sich trotzdem ehrenamtlich engagieren kann, auch wenn man zeitlich nicht so flexibel ist, bei einer kirchlichen Arbeit, bei der Ersten Hilfe, als Mitglied der freiwilligen Feuerwehr oder als Nachwuchstrainer.“* (ZK Heidelberg; Z 74ff.) Einige Jugendliche fordern, dass es bezahlten Sonderurlaub für ehrenamtliche Tätigkeiten geben sollte. Hierfür müsste aus ihrer Sicht die Politik Anreize für ArbeitgeberInnen schaffen, damit es sich lohne einen ehrenamtlich Tätigen zu beschäftigen.

Für die Förderung des Engagements gibt es weitere konkrete Forderungen: *„Wir hätten gerne, dass die Politik versucht darauf einzuwirken, dass es an den Baden-Württembergischen Hochschulen und Universitäten eine verbindliche prüfungs- und praktikumsfreie Zeit gibt, vorzugsweise am Anfang der Schulsummerferien. Die ganzen Freizeiten und die ehrenamtliche Betreuung während der Schulsummerferien können nur stattfinden, wenn sich die Studenten auch als Freizeitleiter zur Verfügung stellen und das organisieren. Es wird, das merken alle Verbände, einfach immer schwieriger, da die Leute zu bekommen, die in den Sommerferien Zeit haben, solche Maßnahmen zu unterstützen und zu leiten, weil ja immer mehr verpflichtende Praktika und Prüfungen sind.“* (ZK Stuttgart; Z 304ff.)

Vor- und Nachteile

Vorteile die die jungen Menschen in einer ehrenamtlichen Tätigkeit sehen, sind der Kontakt mit anderen Menschen, neue Bekannte und Freundschaften. Ebenfalls wichtig für Jugendliche ist die Dankbarkeit, die sie für das Ehrenamt erhalten. Neben dem Spaß, den das Ehrenamt mit sich bringt, ist es für viele auch ein Ausgleich zu Schule, Arbeit oder Studium. Außerdem ist es den Jugendlichen wichtig, dass sie im Ehrenamt Erfahrungen für die Zukunft sammeln können. Viele erhoffen sich Vorteile bei der Bewerbung um einen Schul-, Ausbildungs- oder Studienplatz.

Trotz aller positiven Aspekte bringe ein Ehrenamt, laut einigen Jugendlichen, auch Nachteile mit sich. Der Aufwand sei häufig hoch und durch den Leistungsdruck in Schule, Studium und Arbeitsleben fehle die Zeit um sich ehrenamtlich zu engagieren. Zudem schildern zahlreiche junge Menschen, dass sie auf Ferien- oder Nebenjobs angewiesen seien, um ihr Taschengeld aufzubessern oder sich das Studium zu finanzieren. Dadurch sei eine ehrenamtliche Tätigkeit oft nicht mehr leistbar. Die Jugendlichen nehmen einen Mangel an gesellschaftlicher Anerkennung des Ehrenamtes wahr, teilweise sogar im Familien- und Freundeskreis. Hier wünschen sie sich Verbesserung.

Anerkennungsmöglichkeiten

Viele Jugendliche bemängeln, dass die Anerkennung einer ehrenamtlichen Tätigkeit häufig sehr gering ausfalle. Vor allem an Hochschulen müsse nach ihrer Meinung das Ehrenamt besser anerkannt werden. Die Regelung, dass ein Ehrenamt erst ab 100 Stunden pro Jahr von der Hochschule positiv berücksichtigt werden kann, ist für viele junge Menschen unrealistisch, da dies neben der Schule kaum leistbar sei. Zudem sollten aus ihrer Sicht Hochschulen das Ehrenamt in doppelter Hinsicht positiv anerkennen: Zum einen bei der Vergabe des Studienplatzes überhaupt und zum anderen bei der Ortswahl, das heißt ehrenamtlich Tätigen sollte ein Studienplatz in der Nähe des Ehrenamts gesichert sein, so dass sie ihr Ehrenamt auch während des Studiums problemlos weiter ausüben können. Ebenso fordern die jungen Menschen die gleiche Bewertung von ehrenamtlichem Engagement innerhalb und außerhalb der Universtät: *„Leute, die sich in Fachschaften organisieren und ähnlichem bekommen an der Uni Vergünstigungen, was z. B. das BAFöG angeht, die Regelstudienzeiten usw. Uns wäre es sehr wichtig, dass Leuten, die sich außerhalb der Uni ehrenamtlich engagieren, die in Verbänden und anderem tätig sind, dieses Engagement auch angerechnet wird auf solche Dinge, wie Regelstudienzeit, usw.“* (ZK Stuttgart; Z 296ff.)

„Wir denken, dass Leistung Gegenleistung verdient. Also, die muss nicht unbedingt finanziell sein, aber Anerkennung vom Staat oder von dem Verein, in dem man tätig ist, ist uns sehr wichtig, das motiviert ja auch.“ (ZK Heidelberg; Z 66ff.) So wäre es zum Beispiel eine lohnenswerte Anerkennung, wenn Juleica-InhaberInnen Vergünstigungen im ÖPNV erhalten würden. Die Anerkennung müsse aus ihrer Sicht *„nicht unbedingt finanziell sein. Eben weil es ehrenamtlich ist. Beispiele sind Blumen oder Urkunden, vom Verein, in dem man tätig ist, oder der Organisation oder von der Stadt, bei irgendwelchen Ehrungen der Stadt. Oder vielleicht in der Zeitung, so ein kleiner Bericht.“* (ZK Heidelberg; Z 130ff.) Wenn allerdings der Aufwand für das Ehrenamt so groß werde, dass es nicht mehr möglich sei, einen Ferien- oder Nebenjob auszuüben, wäre eine Aufwandsentschädigung wünschenswert. Wichtig ist den jungen Menschen außerdem, dass das Ehrenamt keine Arbeitsstelle ersetzen kann. Ehrenamtliche dürften nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden.

Bekanntheitsgrad

Einigen Jugendlichen ist es wichtig, dass das Ehrenamt in der Gesellschaft bekannter wird. Sie wollen umfassend über mögliche ehrenamtliche Tätigkeiten informiert werden. Eine naheliegende Institution, um das Ehrenamt publik zu machen, ist für die Jugendlichen die Schule. Hier müsse es Informationsveranstaltungen zu den unterschiedlichen ehrenamtlichen Tätigkeiten geben. Jugendliche, die sich bereits ehrenamtlich engagieren, könnten ihre eigenen Erfahrungen einbringen und

andere motivieren, sich ebenfalls zu engagieren, so der Vorschlag. Jugendliche schlagen vor, dass ehrenamtliche Tätigkeiten auf Internetplattformen und Informationsveranstaltungen wie beispielsweise Messen vorgestellt werden. Außerdem appellieren ein paar junge Menschen an die PolitikerInnen, dass diese als Vorbilder Werbung für die Ehrenämter machen müssten. Des Weiteren müsste klar sein, dass Engagierte einen Nachweis über die geleistete ehrenamtliche Tätigkeit bekommen, die bei einer Bewerbung positiv wirken kann. Auch das kann, laut einiger Jugendlicher, eine Motivation für junge Menschen sein, sich ehrenamtlich zu engagieren.

4.9 Freizeit

Zum Thema Freizeit diskutierten Jugendliche in den fünf Zukunftskonferenzen Heidelberg, Esslingen, Schorndorf, Geislingen und Heubach. Hierbei ging es vor allem um unterschiedliche Aktivitäten zur Freizeitgestaltung; um Örtlichkeiten, an denen junge Menschen sich aufhalten können und um finanzielle Aspekte der Freizeitgestaltung. Bei der Bewertung der Lebensqualität in ihrem Wohnort sind die Freizeitmöglichkeiten für die Jugendlichen ein wichtiges Kriterium: „*Schorndorf und Winterbach sind geil, weil man hier alles hat, was man als Jugendlicher so braucht.*“ (ZK Schorndorf, Z 49f.)

Aktivitäten und Veranstaltungen

Jugendliche möchten einfache Wege um sich über die örtlichen Freizeitmöglichkeiten informieren zu können. Dazu schlagen einige eine Homepage mit einer Zusammenstellung aller örtlichen Freizeitaktivitäten sowie Vereinen vor, die ihnen einen umfangreichen Überblick über die Aktivitäten bietet. Sie wünschen sich mehr und auch unterschiedlichere Aktionen und Angebote in den örtlichen Jugendhäusern, sowie mehr öffentliche Veranstaltungen, wie beispielsweise Jugenddiscos. Diese sollten altersspezifisch aufgeteilt sein. Die Jugendlichen wollen mehr ortsnahe Vereine mit einem breiten Spektrum an Sportangeboten und bessere Möglichkeiten um im jeweiligen Wohngebiet Sport zu treiben. Außerdem sehnen sich ein paar Jugendliche nach Erwachsenen, die sich um sie bemühen und ihnen neue Möglichkeiten der Freizeitgestaltung vermitteln.

Örtlichkeiten

Jugendliche brauchen Raum, um ihre Freizeit adäquat gestalten zu können. Sie fordern im Außenbereich mehr öffentliche und frei zugängliche Sportplätze; mehr freie Flächen in den Städten, an denen sie sich aufhalten und mit Freunden treffen können, ohne von AnwohnerInnen oder der Polizei verjagt zu werden; ebenso Außenbereiche wie beispielsweise Skateanlagen, die intakt sind und keine Verletzungsgefahr durch ihren schlechten Zustand bergen. Auch für Kinder sollte es mehr Orte geben, an denen sie ungestört spielen können. Die Stadtplanung und Entwicklung müsste laut den Jugendlichen in Zukunft die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker mit einbeziehen. Auf der anderen Seite wünschen sich junge Menschen große Jugendhäuser, die in einem ordentlichen Zustand sind und viel Platz zum Spielen und Sichtreffen bieten. Solche Jugendräume sollten nach Alter getrennt sein, so dass sich die Gruppen mit unter-

schiedlichen Bedürfnissen und Interessen nicht in die Quere kommen. Des Weiteren sind Räumlichkeiten gefragt, die für die Jugendlichen frei zugänglich oder kostengünstig zu mieten sind, zum Beispiel für Bandproben und Schulabschlussfeiern. Ein paar Jugendliche haben die Idee, dass am Wochenende beispielsweise Parkplätze von Supermärkten für Aktivitäten genutzt werden könnten. Jugendliche, die ein besonderes Hobby haben (wie beispielsweise Modellbau), wollen einen Platz haben, an dem sie ihrem Hobby nachgehen können. Die Orte, an denen junge Menschen sich aufhalten, sollten ansprechend gestaltet und sauber sein. Jugendliche wollen ihre Freizeit ortsnah gestalten können; so wünschen sich die Heubacher Jugendlichen zum Beispiel ein kleines Kino.

Finanzielle Aspekte

Junge Menschen haben meist nur ein kleines Budget zur Verfügung, um ihre Freizeit zu gestalten. Daher liegt die Forderung nach Vergünstigungen und Rabatten nahe. Vor allem in Museen, Schwimmbädern, Kinos, Theatern, Freizeitparks und Erlebnisbädern fordern einige Jugendliche deutlich höhere Rabatte als dies derzeit der Fall ist. Solche Ermäßigungen müssten teilweise vom Land bezuschusst werden. Auch Ausgehmöglichkeiten, vor allem am Wochenende, müssten für junge Menschen bezahlbar sein. Der Vereinsbeitrag sollte grundsätzlich für SchülerInnen kostenlos bzw. stark ermäßigt werden. Allgemein müsste nach Meinung der jungen Menschen mehr Geld für Jugendangebote und Jugendhäuser zur Verfügung stehen.

4.10 Stuttgart 21

Das Thema Stuttgart 21 (S21) beschäftigte Jugendliche der Zukunftskonferenzen Stuttgart, Mannheim, Ravensburg und Freiburg. Diskutiert wurde bei den Veranstaltungen, die im Februar und März 2011 im Vorfeld der Landtagswahl stattfanden, ob es überhaupt möglich sei, während des Wahlkampfes sachlich über S21 zu reden, ob nicht andere Themen von S21 blockiert würden und wie wohl die dann neu gewählte Landesregierung mit dem Thema S21 sowie den BefürworterInnen und GegnerInnen umgehe werde.

Pro, Contra und Alternativen

S21 wurde unterschiedlich bewertet: Ein Teil der Jugendlichen sieht in dem Großprojekt S21 eine Investition in die Zukunft. Stuttgart würde dadurch zum Knotenpunkt in Baden-Württemberg, dies würde einerseits für bessere Verbindungen sorgen und andererseits wäre es eine positive Repräsentation von Baden Württemberg und Stuttgart. Jugendliche Befürworter haben den Eindruck, dass die Zukunftschancen von S21 unterschätzt würden.

Andere Jugendliche sehen S21 aus mehreren Gesichtspunkten kritisch. Der problemlose Bahnverkehr wird bezweifelt, wenn nach einem Umbau des Bahnhofs weniger Gleise als jetzt zur Verfügung stünden. Der Charakter des jetzigen Bahnhofs als Baudenkmal werde nicht ausreichend gewürdigt und geachtet. Sie argumentieren, dass die neu entstehenden Wohnungen zu teuer seien, und die „Normalbevölkerung“ sie sich nicht leisten könne. Sie sehen die kleineren Einzelhändler in der Stadt

in Gefahr, wenn erst einmal ein großes Einkaufszentrum gebaut sei. Einige junge Menschen sind irritiert darüber, dass S21 der Bevölkerung als positiv verkauft werde, wo es doch noch nicht einmal zu Ende geplant sei. Außerdem fragen sie sich: „*Wie funktioniert Stuttgart dann in der Bauphase, denn jetzt regen sich die Leute schon auf, wenn nur die Demo durch die Stadt läuft. Aber in den Bauphasen sind noch viel mehr Straßen gesperrt, dann wird es noch schwieriger werden.*“ (ZK Stuttgart; Z 497ff.) Junge Menschen aus Mannheim fragen: „*Wurde überhaupt ausreichend nach Alternativen gesucht, hat man über Alternativen nachgedacht zu dem ja doch sehr teuren Projekt Stuttgart 21?*“ (ZK Mannheim; Z 138ff.) Für sie wäre es eine Alternative, den Kopfbahnhof zu renovieren und die Strecke Augsburg-Ulm auszubauen. Die Schlichtung sehen einige kritisch: „*War die Schlichtung wirklich eine ‚Schlichtung‘? Eine Schlichtung ist ja eigentlich ein Kompromiss. Aber man kann den Bahnhof ja jetzt nicht in der Mitte bauen, man muss ihn oben oder unten bauen.*“ (ZK Stuttgart; Z 469ff.)

Kosten und Umwelt

Einige Jugendliche kritisieren, dass die Kosten für S21 auch nachfolgende Generationen betreffen, die nicht gefragt wurden, was sie von diesem Projekt halten. Außerdem erleben die jungen Menschen einen veränderten Umgang mit Geld: „*Wenn man in der Zeitung schreibt ‚1 Milliarde‘, dann steht da eine ‚1‘. Das sieht nicht so viel aus, als wenn man die Zahl ausschreiben würde. In der Bankenkrise war gar kein Geld mehr da und auf einmal ist eine Milliarde keine große Zahl mehr. Das hat sich rasant geändert, der Umgang.*“ (ZK Stuttgart; Z 481ff.)

Die Jugendlichen argumentieren, dass die Kosten von S21 in den vergangenen Monaten erheblich gestiegen seien, vor allem durch die Demonstrationen und die daraus resultierenden Polizeieinsätze, aber auch durch das Schlichtungsprogramm. Einige Jugendliche werfen den Demonstranten vor, dass diese die höheren Kosten durch ihr Demonstrieren provoziert hätten. Sie stellen sich die Frage, ob andere Bereiche wie etwa Bildung unter den wachsenden Kosten leiden müssten, oder ob es hier eine klare Trennung der Haushaltsmittel gebe.

Ob S21 ein Projekt für die Umwelt ist, darüber sind sich die jungen Menschen nicht einig. Auf der einen Seite entstünden neue Grünflächen durch die Verlagerung unter die Erde, auf der anderen Seite würden dabei aber auch schwierige Gesteinsschichten durchbohrt, was eventuell Folgen nach sich ziehen könnte. Als ökologisch problematisch wird zudem die Bauphase angesehen: „*Unsere Frage war, inwiefern der Bau die Bürger beeinträchtigt, also Lärmbelästigung und Umleitungen während des Baus.*“ (ZK Mannheim; Z 190f.)

Bürgerbeteiligung und Polizeieinsatz

Nach Meinung einiger Jugendlicher werde eine offene und breite Diskussion über S21 erst auf erheblichen Druck der Gesellschaft und dem Ruf nach Bürgerbeteiligung geführt. S21 betreffe nicht mehr nur das Thema Verkehr, sondern habe zunehmend Auswirkungen auf die Beteiligungsstruktur der BürgerInnen an der Politik, wie sich in folgenden Aussagen der jungen Menschen widerspiegelt: „*S21 war der Motor zu einer Veränderung der politischen Kultur. Man hat gemerkt, die Leute fangen jetzt an, sich viel besser zu informieren über politische Themen und über Facebook haben sie sich viel besser vernetzt und können viel schneller reagieren.*“ (ZK, Stuttgart; Z 473ff.) „*Das Positive*

daran ist, dass mehr Bürger aktiv sind und versuchen, sich in die Politik einzumischen. Das ist vielleicht auch gut für die Politiker, weil sie dann eine Rückmeldung bekommen, was das Volk eigentlich möchte.“ (ZK, Mannheim; Z 145ff.) Einige Jugendliche stellen sich die Frage, ob eine Volksabstimmung in Baden-Württemberg je möglich sein wird und wie viel Beteiligung der Bevölkerung letztendlich von der Politik gewollt und gewünscht ist. Die Jugendlichen interessiert, wer bei einer Volksabstimmung überhaupt das Recht hätte abzustimmen: nur die Stuttgarter BürgerInnen, das komplette Bundesland oder sogar ganz Deutschland.

Das Thema Demonstration wird von ein paar Jugendlichen kritisch gesehen. Einige fürchten, es könne „*BerufsdemonstrantInnen*“ geben, die sich mit dem Thema überhaupt nicht befasst hätten. Andere sind frustriert, wenn sie das Gefühl haben, dass eine Demonstration nichts bringe und die BürgerInnen nicht gehört werden.

Der umstrittene Polizeieinsatz bei der Demonstration gegen S21 am 30.09.2010 löst auch bei den jungen Menschen große Diskussionen aus. Hier gibt es unterschiedliche Stimmen. Die einen halten den Einsatz für richtig und angemessen: „*Meiner Meinung nach ist die Polizei dafür verantwortlich, für die Sicherheit aller Leute zu sorgen. Und wenn Leute sich bewaffnen, mit Steinen gegen sie aufrichten, haben sie für die Sicherheit zu sorgen. Das heißt: Wenn jemand eine Kastanie oder sonst irgendwas wirft, dann haben sie ihre Form, die Wasserwerfer. Das heißt: Von wem geht die Gewalt aus? Die Gewalt geht nicht von der Polizei aus, sie geht vom Volk aus, das mit Gewalt beginnt. Und dafür, für die Sicherheit, hat die Polizei zu sorgen.*“ (ZK Mannheim; Z 201ff.) Die anderen können die Härte nicht verstehen, mit der die Polizei gegen BürgerInnen vorgegangen ist, da es doch oberstes Ziel der Polizei sein müsse, die BürgerInnen zu schützen und nicht zu gefährden oder gar zu verletzen.

4.11 Medien

In den Zukunftskonferenzen Schorndorf, Geislingen, Freiburg sowie der Zukunftskonferenz der Katholischen Landjugendbewegung in Mosbach nahmen sich die Jugendlichen des Themas Medien an. Sie halten kritische Medien, die Missstände anprangern, unabdingbar für eine sozial gerechte Gesellschaft. „*Zugang zu ‚unabhängigen‘ Medien (GEZ) ist für alle Jugendlichen wichtig.*“ (ZK Mosbach; Z 43)

Internet

Die im Internet angebotenen Sozialen Netzwerke sind für junge Menschen von großem Interesse. Die Sozialen Netzwerke nutzen sie nach ihrer Schilderung dazu, um sich mit Verwandten und Freunden auszutauschen. Gerade bei einer größeren örtlichen Distanz bieten ihnen diese Plattformen die Möglichkeiten für einen schnellen und unkomplizierten Austausch. Dabei sind den Jugendlichen die Gefahren bewusst. Vor allem gefälschte Daten und sogenannte „*Fakeprofile*“ schildern sie als Gefahr, da es durchaus Jugendliche gebe, die sich mit unbekanntem Menschen aus dem Internet treffen. Hier sehen Jugendliche die Politik in der Verantwortung: „*Die Politik muss dafür*

ein Bewusstsein schaffen und die Kinder und Jugendliche über mögliche Gefahren und Risiken aufklären.“ (ZK Mosbach; Z 45) Um mit den vielfältigen Möglichkeiten des Internets adäquat umgehen zu können, benötigten die jungen Menschen laut den Jugendlichen eine hohe Medienkompetenz. Diese müsse von verschiedenen Bildungseinrichtungen unterstützt und gefördert werden. Den Jugendlichen ist es wichtig, dass die Internetversorgung flächendeckend und auch im ländlichen Raum uneingeschränkt zur Verfügung steht und die Geschwindigkeit des Internets im ländlichen Raum dem städtischen Standard angepasst ist.

Der Schutz von persönlichen Daten ist für ein paar Jugendliche von Bedeutung. So fordern sie klare und transparente Regelungen zu der Weitergabe und Speicherung von Daten.

4.12 Weitere Themen

Zusätzlich zu den oben dargestellten Hauptthemen haben sich die Jugendlichen mit weiteren Themen beschäftigt. Diese werden hier zusammengefasst.

Stadt-Land-Entwicklung

„Gesundheit, Ärzte, Krankenhäuser müssen auch im ländlichen Raum erreichbar sein.“ (ZK Mosbach; Z 92) Zudem müsse aus Sicht der Jugendlichen der Einzelhandel im ländlichen Raum gestärkt werden. Nicht nur die Infrastruktur, sondern der ländliche Raum als solches müsse aus ihrer Sicht erhalten werden. Jungen Menschen ist es wichtig, dass die Landschaft weiterhin offen gehalten, nicht zugebaut oder zum städtischen Bereich wird. In der Unterstützung von regionalen Kleinbauern sehen die Jugendlichen einen wesentlicher Aspekt der Erhaltung ländlicher Räume. So fordern Jugendliche, dass (klein)bäuerliche Familienbetriebe vom Staat unterstützt werden und die Lebensmittelpreise die anfallenden Anbau- und Aufzuchtkosten decken sollen. Dazu müssten die Lebensmittelpreise fair ausgehandelt werden.

Mit Blick auf den städtischen Bereich suchen ein paar Jugendliche nach Stadtteilen, welche als Modell für die Zukunft dienen könnten. So fragen sich beispielsweise Freiburger Jugendliche, ob der Freiburger Stadtteil Vauban als ein solches Zukunftsmodell für die Stadtentwicklung dienen könnte.

Soziale Sicherheit

Das Rentensystem in Deutschland beschäftigt Jugendliche. Sie finden es nicht gut, dass das Rentenalter stetig erhöht wird – nicht nur wegen des längeren Arbeitens, sondern auch, weil sie der Meinung sind, dass dadurch wertvolle Ausbildungsplätze verloren gehen. Außerdem sind einige der Ansicht, dass das Rentensystem einer dringenden Überholung und Anpassung bedarf, da das System so, wie es jetzt sei und in den letzten Jahren war, aufgrund verschiedener Faktoren nicht mehr funktioniere.

Einigen jungen Menschen ist das Thema Sozialhilfe und Hartz IV wichtig. Hier müsse ihrer Meinung nach verhindert werden, dass diese sozialen Unterstützungen ausgenutzt würden. Das Arbeitsamt sei gefordert, stärker zu kontrollieren und einen Missbrauch angemessen zu bestrafen. Einige Jugendliche formulieren die Forderung, dass ein Hartz IV-Empfänger sich ernsthaft um einen neuen Arbeitsplatz bemühen müsste. Einige argumentieren, dass es nicht gerecht sei, wenn jemand, der erst fünf Jahre gearbeitet habe, die gleiche finanzielle Unterstützung erhalte wie jemand, der bereits 55 Jahre gearbeitet habe. Kontroverse Diskussionen gab es in der Zukunftskonferenz Geislingen darüber, ob MigrantInnen erst nach fünf oder zehn Jahren Arbeit in Deutschland finanzielle Unterstützung bei Arbeitslosigkeit erhalten sollen. Hier gehen die Meinungen der Jugendlichen stark auseinander. Zur jüngsten Erhöhung des Hartz IV-Satzes gibt es die Meinung: *„Die Erhöhung von fünf Euro, die jetzt beschlossen worden ist, finde ich schwachsinnig, weil was bringt einem Einzelnen fünf Euro, aber im Gesamten rechnet sich das haufenweise wieder an.“* (ZK Geislingen; Z 256ff.)

Impressum

Was Jugend BeWegt – Themen und Anliegen Jugendlicher in Baden-Württemberg 2011
Dokumentation und Auswertung der Zukunftskonferenzen im Vorfeld der Landtagswahl 2011

Herausgeber:
Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.
Siemensstraße 11
70469 Stuttgart
www.ljrbw.de
info@ljrbw.de

Veranstalter der Zukunftskonferenzen:
Stadtjugendring Esslingen e.V.
Jugendinitiative und Schülerrat Freiburg
Kath. Landjugendbewegung (KLJB), Diözesanverband Freiburg
Stadtjugendring Heidelberg e.V.
Stadtjugendring Heubach e.V.
Stadtjugendreferat & Stadtjugendring Geislingen e.V.
Stadtjugendring Mannheim e.V.
Schülerrat und Kreisjugendring Ravensburg e.V.
Kreisjugendring Rems-Murr e.V.
Stadtjugendring Stuttgart e.V.

Protokoll und Transkriptionen:
Martina Bechtle, Linda Grieser, Birgitt Steck, Hannah Tries

Auswertung und wissenschaftliche Begleitung:
Institut für angewandte Sozialwissenschaften, Zentrum für kooperative Forschung
an der DHBW Stuttgart, Fakultät Sozialwesen, Prof. Paul-Stefan Roß, Birgitt Steck

Redaktion:
Irene L. Bär, Linda Grieser, Isabel Hoever, Udo Wenzl

Fotos: Die Veranstalter der Zukunftskonferenzen
Layout: Gabriele Schmidt, Freiburg
Druck: UWS Papier & Druck GmbH, Stuttgart
Auflage: 2.500 Stück
Gedruckt auf Papier mit dem Blauen Engel

Verantwortlich: Isabel Hoever

Stuttgart im Oktober 2011

Themen und Anliegen Jugendlicher
in Baden-Württemberg 2011
Dokumentation und Auswertung der
Zukunftskonferenzen im Vorfeld der
Landtagswahl 2011

Was Jugend BeWegt!

landesjugendring
*entdecke
was geht*
baden-württemberg e.v.

 
GD Bildung und Kultur
Programm „Jugend in Aktion“


JUGEND-
STIFTUNG
BADEN-
WÜRTTEMBERG

 KVJS
Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg

ISBN 978-3-00-036036-7